

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Kirchenkonferenz fordert Ausstieg aus Atomenergie

Fidschi: Die *Pazifische Kirchenkonferenz* (Pacific Conference of Churches, PCC) hat sich erneut für einen atomwaffenfreien Pazifik ausgesprochen. Hintergrund des Appells an die Weltgemeinde, Atomenergie zu ächten, sind aktuelle Berichte aus dem havarierten japanischen Atomkraftwerk in Fukushima, nachdem täglich rund 300 Tonnen radioaktiv verstrahltes Wasser aus den beschädigten Kühltürmen des Kraftwerkes in den Pazifischen Ozean fließen.

Der Generalsekretär der PCC, der protestantische Pfarrer François Pihaatae, sagte in Suva (Fidschi), die PCC setze sich bereits seit über 40 Jahren für einen nuklearfreien Pazifik ein und nun sei es an der Zeit, diesen Aufruf zu erneuern. Es sei wieder an der Zeit, dass sich die Kirchenführer aller Mitgliedskirchen der PCC öffentlich für einen atomwaffenfreien Pazifik einsetzen.

Der Pfarrer der *Église Protestante Maohi*, der evangelischen Kirche von Französisch-Polynesien, erklärte, das Verhalten der japanischen Regierung im Falle Fukushima erinnere ihn stark an die Geschichte der französischen Atombombentests in Moruroa und Fangataufa. Auch hier habe die französische Regierung lange Jahre Stillschweigen über das Ausmaß der radioaktiven Verstrahlung bewahrt. So sei es nun auch in Japan. Nur nach und nach seien die Bürger vor Ort und die Weltgemeinschaft über die Gefahren des havarierten Atomkraftwerkes aufgeklärt worden. „*Japan steht in der moralischen Verpflichtung, die Menschen in der Region darüber aufzuklären, was mit dem radioaktiven Abfall aus dem Atomkraftwerk passiert und wie sie gedenken, die Löcher an den Kühlwassertürmen zu reparieren*“, sagte Pihaatae. (Pressemittteilung PCC 08.08.13, Radio NZ. Intern. 08.08.13)

Rekordfänge im westlichen Pazifik

Westpazifik: Nach einem Bericht der *Western and Central Pacific Fisheries Commission* war die Thunfischfangquote im westlichen Pazifik im vergangenen Jahr so hoch wie noch nie. Insgesamt wurden im Jahr 2012 2.613.528 Tonnen Thunfisch gefangen, das sind 12.000 Tonnen mehr als im bislang fangstärksten Jahr 2009. Die hohe Fangquote ging einher mit einer drastischen Preiserhöhung pro Kilogramm Thunfisch auf dem Weltmarkt. Nach Angaben der Fischereikommission war der im zentralen und westlichen Pazifik gefangene Thunfisch demnach vier Milliarden US-Dollar wert.

Im Einzelnen wurden 655.668 t Gelbflossen-Thun, 161.679 t Großaugen-Thun sowie rekordverdächtige 1.664.309 t echte Bonitos (Skipjack tuna) gefangen.

70 % des Thunfisches wurde dabei durch die Technik der Ringwaden-Boote gefangen. Mit 297 Ringwaden-Fangbooten waren auch wesentlich mehr Boote im westlichen Pazifik unterwegs als in den Vorjahren. (*The Marshall Islands Journal* 23.08.13, <http://www.wcpfc.int/>)

Brotfrucht als neuer Exportschlager?

Pazifik: Mehl aus der Brotfrucht könnte zum neuen Exportschlager von Pazifikstaaten werden. Das ist zumindest die Meinung von Dr. Tusi Avegalio, dem Direktor des *Pacific Business Center Program* an der Universität von Hawai'i, und von Dr. Patrick Tellei, dem Präsidenten des *Palau Community College*. Die beiden Doktoren hatten sich Anfang August getroffen, um gemeinsam mit Experten über die Vermarktung der Brotfrucht zu diskutieren. Hintergrund ist die erst kürzlich erfolgte Entdeckung, dass es sich bei der Brotfrucht um eine glutenfreie Frucht handelt, aus der sich ein ebenfalls glutenfreies Mehl herstellen lässt. Angesichts des weltweiten Booms

glutenfreier Produkte auf dem Weltmarkt erhoffen sich die beiden Geschäftsführer neue Einkommensmöglichkeiten für pazifische Staaten.

Im letzten Jahr wurden weltweit glutenfreie Waren im Wert von 4,2 Milliarden US-Dollar gehandelt, für dieses Jahr rechnet man mit einem Warenumsatz in Höhe von 6,6 Milliarden US-Dollar. Menschen mit einer Glutenunverträglichkeit (Fachbegriff: Zöliakie) sind auf eine Ernährung mit glutenfreien Nahrungsmitteln angewiesen.

Bereits jetzt produzieren Jamaika und die Philippinen aus der Brotfrucht ein Mehl für Reform- und Biomärkte. Hier könnten die Pazifikstaaten einsteigen, vermutet auch Professorin Dr. Diane Ragone, Direktorin des *The Breadfruit Institute at the National Tropical Botanical Garden* (Hawai'i) und anerkannte Expertin für diese Frucht. Sie hat herausgefunden, wie die Wachstums- und Reifezeit der Brotfrucht von bisher sieben Jahren auf zwei bis drei Jahre verkürzt werden kann. In Zusammenarbeit mit der kanadischen *University of British Columbia* konnte Ragone auch eine neue Vermehrungsmethode für Brotfruchtbäume entwickeln.

Dr. Avegalio hat bereits Verhandlungen mit *C.H. Robinson* aufgenommen, einem der weltweit größten Logistik- und Transportunternehmen auf dem Nahrungsmittelmarkt. Avegalio rechnet mit guten Vermarktungschancen des Mehls und sieht große Vorteile darin, dass der Brotfruchtbaum eine seit jeher bekannte und beliebte Nahrungspflanze im Pazifik ist.

Info: Der Brotfruchtbaum ist ein tropischer, immergrüner Baum, der zur Gattung der Maulbeergewächse gehört. Der ursprünglich im tropischen Südostasien beheimatete Baum wird heute in Asien, Afrika, auf Hawai'i, in Mittelamerika, Brasilien und in der Karibik als Nutzpflanze angebaut. Seine grünen, bis zu zwei Kilo schweren Früchte (*Brot-*

frucht, botanisch sind es Fruchtverbände) mit weißem Fruchtfleisch dienen vor allem in Asien als Grundnahrungsmittel. Die Früchte enthalten bis zu 22 % Stärke und 1-2 % Eiweiß. Das aus dem getrockneten Fruchtfleisch gewonnene Mehl mit seinem hohen Nährwert enthält bis zu 75 % Stärke, bis zu 31 % Zucker, bis zu 5 % Eiweiß und nur maximal 2 % Fett.

Die Brotfrucht wird noch grün geerntet. Sie wird nach der Reife goldgelb und besitzt dann einen strengen, süßen Geschmack. Gekochte unreife Früchte werden als Gemüse oder Mus verzehrt. Die Verwendung ist ähnlich vielfältig wie bei Kartoffeln; man kann sie frittieren oder zu Salaten verarbeiten. Bei Vollreife ist die Frucht auch roh essbar. Sie enthält 16 bis 24 kastaniengroße Nussfrüchte, deren sehr stärkehaltiger Samen nach dem Rösten zu Mehl gemahlen werden kann, aus dem sich u.a. Brote backen lassen.

(<http://ntbg.org/breadfruit/>, Wikipedia, *The Marshall Islands Journal* 16.08.13, http://www.2nd-floor.net/uploads/7/2/9/1/7291918/dega_2012_g_01_026_brotfrucht.pdf)

Ehrung für Meister-Navigator

Guam: Zu Ehren des im Februar im Alter von 55 Jahren verstorbenen Meisternavigators Manny Sikau von den Karolinen-Inseln sind neun Männer aus Chuuk mit dem letzten Werk des Navigators, dem hochseetüchtigen Auslegerboot „Lien Polowat“, von der Insel Polowat (Chuuk) bis nach Guam gesegelt. Für die rund 500 Seemeilen benötigte das Team unter Führung von Meisternavigator Chief Theo eine Woche. Dabei orientierten sich die Teammitglieder nach Angaben des 51-jährigen Remikio Onopey nur anhand der Wind- und Wasserströmungen sowie mit Hilfe der Sterne. An Bord hatten die Männer nur traditionelle Nahrungsmittel wie getrockneten Fisch, Bananen, Kokosnüsse und Brotfrucht. Die *Lien Polowat* war auf Einladung der Vereinigung *Traditions*

About Seafaring Islands (TASI) nach Guam gesegelt. Diese Nichtregierungsorganisation setzt sich für den Erhalt der Seefahrertraditionen in Mikronesien ein und bildet junge Männer als Bootsbauer und Navigatoren aus. TASI-Mitglied Ignacio Camacho erklärte, die Fahrt über offene See in einem traditionellen Holzboot ohne moderne Navigationsmethoden sei immer gefährlich und mühsam, doch seien solchen Fahrten nötig, um die Tradition der mikronesischen Seefahrer aufrechtzuerhalten und den Nachwuchs anzuleiten.

Die *Lien Polowat* wird in Guam auseinandergelassen und nach Japan verschifft. Dort soll sie einen Ehrenplatz im „Oceania Culture Museum“ in Okinawa erhalten.

Info: Der im Februar verstorbene Manny Sikau war ein Meisternavigator in der siebten Generation. Der vom Atoll Polowat im mikronesischen Bundesstaat Chuuk stammende Sikau war Anfang der 1970er Jahre mit seinem Großvater auf einem Kanu nach Guam gesegelt und hatte sich dort niedergelassen. Hier setzte er sich für die Bewahrung der Seefahrertradition und die Navigationskunst ein und gründete 1999 die „Traditional Seafaring Society“ der University of Guam. (*Kuam News* 18.06.13, *Pacific Daily News* 19.06.13), <http://pacificvoyagers.org/polowat-sailing-canoe-arrives>)

Ausgezeichnet

Tuvalu: Der Vize-Generalsekretär des *Pacific Islands Forum Secretariat* (PIFS), Feleti Penitala Teo, ist Ende Juli mit dem britischen „Order of the British Empire“ geehrt worden. Der Rechtsanwalt aus Tuvalu bekam die Auszeichnung für seine jahrzehntelange Laufbahn im Öffentlichen Dienst dieses polynesischen Inselstaates.

Teo ist gebürtig aus Tuvalu. Er studierte Jura an der University of Canterbury in Neuseeland und machte als erster Tuvalese ein Staatsexamen in den Rechtswis-

senschaften. Anschließend studierte er öffentliches Recht an der Australian National University in Canberra. Seit sechs Jahren ist Teo der Stellvertreter von Tuiloma Neroni Slade, dem Generalsekretär des PIFS. Von 2000 bis 2006 war Teo Geschäftsführer der *Pacific Islands Forum Fisheries Agency* in Honiara, der Hauptstadt der Salomonen.

Teo ist verheiratet und hat vier Kinder. (*Pressemitteilung PIFS* 30.07.13)

† Dennis O'Rourke

Australien: Der australische Filmmacher Dennis O'Rourke verstarb am 15. Juni im australischen Brisbane im Alter von 67 Jahren an den Folgen einer Krebserkrankung. Der fünffache Familienvater hatte nach seinem Studienabbruch als Gärtnergehilfe bei der *Australian Broadcasting Association* in Sydney begonnen und sich dort zu einem weltweit anerkannten Filmmacher und Regisseur hochgearbeitet. Von 1974 bis 1979 lebte er in Papua-Neuguinea und drehte dort seinen ersten Film „Yumi yet -Independence for Papua New Guinea“. In den folgenden Jahren drehte O'Rourke mehrere preisgekrönte Filme, u.a. 1982 „Sharkcallers of Kontu“, 1985 den vielfach ausgezeichneten Film „Half life. A parable for the nuclear age“ über die Nuklearnomaden von Rongelap und Utrik und die Auswirkungen der Atombombe *Bravo* auf das Bikini-Atoll. O'Rourke brillierte auch 1988 mit seinem Film „Cannibal Tours“ über die Flusskreuzfahrt amerikanischer Touristen auf dem Sepik. (*ABC Arts* 17.06.13, *The Marshall Islands Journal* 30.08.13, Wikipedia)

Neuer PNG-Botschafter

Belgien: Joshua Kalinoe ist neuer Botschafter von Papua-Neuguinea für Belgien und die Europäische Union. Damit ist Kalinoe auch für Deutschland zuständig. Die neuguineische Botschaft befindet sich in der belgischen Landeshauptstadt Brüssel. Kalinoe folgt Peter Magine, der das Amt in den letz-

ten vier Jahren innehatte. Kalinoe war von März 2007 bis April 2013 geschäftsführender Direktor bei der neuguineischen Ölfördergesellschaft *Petromin PNG Holdings Limited*. (*The National* 18.06.13, <http://www.pngindustrynews.net/>)

Neues Weltkulturerbe

Fidschi: Die historische Stadt Levuka auf der Insel Ovalau ist bei der Jahresversammlung der UNESCO Ende Juni in Kambodscha zum Weltkulturerbe ernannt worden. Es handelt sich um das erste Weltkulturerbe des fidschianischen Archipels. In der Urteilsbegründung der UNESCO heißt es, Levuka sei ein „herausragendes Beispiel einer pazifischen Hafenstadt aus dem späten 19. Jahrhundert“.

Info: Um 1820 wurde die ursprüngliche Siedlung als Stadt von europäischen Siedlern und Händler gegründet, sie gilt als erste neuzeitliche Stadt Fidschis und wurde ein wichtiger Hafen und Umschlagplatz. Bis 1882 war Levuka Hauptstadt der britischen Kronkolonie Fidschi. Viele Institutionen wurden in Levuka zuerst eingerichtet oder gegründet, darunter die erste Bank in Fidschi, das erste Postamt, die erste öffentliche Schule, ein Krankenhaus sowie eine Stadthalle für die kommunale Verwaltung. 1869 wurde in Levuka die englischsprachige Tageszeitung *Fiji Times* gegründet, die später nach Suva umzog. (*Wikipedia, Fiji Sun* 24.06.13, <http://whc.unesco.org/en/list/1399>)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Viele Teenager-Schwangerschaften

Anlässlich des von den Vereinten Nationen ausgerufenen Weltbevölkerungstages am 11. Juli hat der Weltbevölkerungsfonds (UN

Populations Fund, UNFPA) auf die hohe Rate von Teenager-Müttern in Papua-Neuguinea aufmerksam gemacht und die Regierung gebeten, sich verstärkt dieses Problems anzunehmen. Die letzte nationale Studie zur Gesundheitssituation in PNG aus dem Jahr 2006 hatte eine Quote von 13 % ergeben, d.h. dass 13 von 100 jungen Mädchen zwischen 13 und 19 Jahren schwanger werden.

Der UNFPA-Beauftragte für PNG, Dr. Gilbert Hiawalyer, rechnet bis 2016 (die Gesundheitsstudie wird nur alle zehn Jahre durchgeführt) mit einem erneuten Anstieg so genannter Teenager-Schwangerschaften. Bei Stichproben in weiterführenden Schulen in den Kleinstädten Wau und Bulolo in der Provinz Morobe in diesem Jahr hätte das Team festgestellt, dass in der achten Klasse jährlich bis zu 20 Mädchen schwanger werden. Diese Rate sei viel zu hoch, beklagte der Arzt. Es handle sich auch in den seltensten Fällen um „freiwillige“ Schwangerschaften, erklärte Hiawalyer. Viele Frauen würden als sehr junge Mädchen zwangsverheiratet, würden vergewaltigt oder hätten keine Ahnung von Verhütung. Das sei ein Problem, dem sich der staatliche Gesundheitsdienst stellen müsse. Die meisten Krankenstationen im Busch seien überhaupt nicht auf die Betreuung minderjähriger Schwangerer ausgerichtet. Das gesamte Gesundheitssystem in PNG fokussiere auf die Vor- und Nachsorge erwachsener Mütter. Die Krankenstationen böten keinen vertraulichen Gesprächsraum für Beratungsgespräche oder für die Unterweisung in den Gebrauch von Verhütungsmethoden, beklagte der UNFPA-Beauftragte. Die Regierung und das Bildungsministerium müssten Hand in Hand arbeiten, um den Sexualkundeunterricht in den Lehrplan an weiterführenden Schulen aufzunehmen, forderte der Arzt. Seinen Erfahrungen nach scheuten die meisten Mütter aus kulturellen Gründen das offene Gespräch über Sexualität mit ihren Töchtern. Hier müsse die Schule einspringen. Auch Nicht-

regierungsorganisationen könnten Aufklärungskurse anbieten, schlug Hiawalyer vor.

(*Post-Courier*, <http://cbcpngsi.org>, 09.07.13)

Umfrage: Hohe Korruption

Laut einer nicht-repräsentativen Befragung von 1.044 Personen durch die Nichtregierungsorganisation *Transparency International* bezahlt ein Großteil der Bürger von Papua-Neuguinea Bestechungsgelder, um staatliche Dienstleistungen in Anspruch nehmen zu können. 76 % der Befragten gaben an, dass Korruption im Öffentlichen Dienst ein großes Problem sei. Ohne Bestechungsgelder sei von Ämtern und Behörden keine Leistung zu erwarten, beklagten die Umfrageteilnehmer. Dabei seien gerade die Einrichtungen besonders bestechlich, von denen man dies gemeinhin nicht erwarte, wie etwa die Polizei, das Katasteramt und die städtischen Verwaltungsämter. 85 % der Befragten gaben an, dass die Polizei nur über Bestechungsgelder funktioniere. 63 % hielten Parlamentarier für besonders bestechlich.

Lawrence Stephen, der Transparency-Beauftragte für Papua-Neuguinea, sagte, das diesjährige „*Transparency International Global Corruption Barometer*“ habe ergeben, dass ein Großteil der Befragten kein Vertrauen in Staat und Politik habe. Die Regierung müsse sich der Verantwortung stellen und der Korruption gerade im Öffentlichen Dienst den Kampf ansagen, forderte Stephen. Im Endeffekt schade Korruption vor allem dem Volk. Gleichzeitig wies Stephen jedoch auch auf die Verantwortung jedes Einzelnen hin. Jeder könne sich gegen Bestechungsgelder wehren und Vorfälle an entsprechende Behörden melden.

Info: *Transparency International* ist eine gemeinnützige, parteipolitisch unabhängige Bewegung von Menschen, die sich dem globalen Kampf gegen Korruption verschrieben haben. Die 1993 in

London und Berlin gegründete Nichtregierungsorganisation unterteilt sich in nationale Sektionen, die in 90 Ländern eigenständig tätig sind.

Beim diesjährigen „*Global Corruption Barometer*“ wurden 114.000 Menschen in 107 Staaten nach ihren persönlichen Erlebnissen und Erfahrungen mit Korruption befragt. Abgefragt wurde bei der Umfrage auch die Bereitschaft, sich aktiv gegen Korruption einzusetzen. (*The National* 29.07.13, http://www.transparency.org/whatwedo/pub/global_corruption_barometer_2013)

Menschenhandel hat stark zugenommen

Laut des kürzlich von der amerikanischen Regierung vorgelegten Berichtes „*Trafficking in Persons Report 2013*“ hat der (illegale) Menschenhandel in Papua-Neuguinea erneut zugenommen. Die USA stufen PNG deshalb in der Stufe 3, der niedrigsten und schlechtesten von insgesamt drei Kategorien, ein. PNG ist damit in Bezug auf den Menschenhandel auf dem gleichem Niveau wie z.B. Kuwait, Guinea-Bissau, Libyen, der Jemen, Sudan und Saudi-Arabien.

In dem Bericht heißt es, PNG sei sowohl Ziel- als auch Durchgangsland für Männer, Frauen und Kinder in der Sex- und Bodenschätzeindustrie. Männer aus China, aber auch aus PNG, würden illegal als billige Arbeitskräfte unter sklavenartigen Zuständen in Minen- und Holzfällercamps beschäftigt. Sie dürften die Camps nicht verlassen und müssten Schulden machen, um sich in den völlig überbewerteten kleinen Läden auf dem abgesperrten Firmengelände mit Nahrungsmitteln und Kleidung zu versorgen. Frauen und Mädchen aus südostasiatischen Ländern würden als niedrig bezahlte Hausangestellte ausgebeutet oder landeten gleich als Prostituierte in Bars und Nachtclubs. In dem Bericht heißt es weiter, dass seit dem letzten Jahr vor allem die „Mosko Girls“ stark zugenommen hätten. Dabei handelt

es sich um junge Mädchen, die in Bars als leicht bekleidete Animierdamen die Männer zum Trinken des alkoholischen Getränkes „Mosko“ verführen sollen.

Ein großes Problem sei auch der Handel mit sehr jungen Mädchen. Oft tauschten Klanchefs Mädchen gegen Waffen, politische Vorteile oder Arbeitskraft ein. Auch Zwangsverheiratungen als Kompensationszahlung oder zur Begleichung von Schulden seien weit verbreitet. Durch die Polygamie vor allem in ländlichen Regionen würden junge Mädchen als „Hausklaven“ von Männern gehalten und müssten die anderen, älteren Ehefrauen bedienen. Auch junge Männer seien von dem Menschenhandel betroffen, schreiben die Autoren der Studie. Sie würden in den Städten als sogenannte „Market Taxis“ missbraucht, d.h. sie müssten schwere Lasten auf ihrem Rücken durch die Stadt transportieren.

Asiatische Menschenhändlerringe, ausländische Holzfällerunternehmen und asiatische Geschäftsleute besorgten vor allem Frauen aus den südostasiatischen Ländern gefälschte Visa oder holten die Frauen mit Touristenvisa ins Land. Meist noch am Flughafen würden die Frauen dann abgepasst und in Lager der Bergbau-, Holz- und Fischereiindustrie verschleppt.

Die Regierung kümmere sich nicht im Mindesten um Menschenhandel, beklagt der Bericht. Obwohl bereits im Dezember 2012 eine Eingabe beim Parlament gemacht wurde, ein Gesetz gegen den Menschenhandel zu verabschieden, sei bis dato nichts passiert. Es habe sogar den Anschein, als profitiere die Regierung von dem Geschäft mit den Frauen, denn hohe Bestechungsgelder kämen gerade Politikern und Staatsangestellten zu Gute.

Als Schlussfolgerung empfiehlt der Bericht der Regierung, endlich ein Gesetz gegen Menschenhandel zu verabschieden, Menschenhandel hart zu bestrafen, Opfer nicht zu verhaften oder sonstwie

zu benachteiligen und sich des Problems in Zusammenarbeit mit (kirchlichen und unabhängigen) Nichtregierungsorganisationen anzunehmen.

Der in sachlich-drastischen Worten geschriebene Bericht beschuldigt auch die Regierung, keine Gelder zur Betreuung von Opfern des Menschenhandels zur Verfügung zu stellen. Es gäbe weder staatlich finanzierte Frauenhäuser noch irgendeine andere Möglichkeit, als Betroffene Rat, Unterstützung und Schutz bei staatlichen Institutionen zu bekommen.

Positiv vermerkt der Bericht einzig, dass in PNG im letzten Jahr 78 Regierungsangestellte und 82 Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen in dem Bereich (illegalen) Menschenhandel ausgebildet worden seien. Bei diesen Trainings hätten sie gelernt, organisierten Menschenhandel zu erkennen und zu unterbinden. (*Radio Australia* 24.06.13, <http://www.state.gov/documents/organization/210741.pdf>, Seite 295ff.)

Sexuelle Gewalt nimmt zu

Zwei Drittel aller Frauen in Papua-Neuguinea sind in ihrem Leben mindestens einmal zum Opfer sexueller und psychischer Gewalt geworden. Das ist das Ergebnis des kürzlich von der australischen Nichtregierungsorganisation *ChildFund Australia* veröffentlichten 18-seitigen Berichtes „*Stop violence against women and children in Papua New Guinea*“. In dem Bericht wird vor allem die Brutalität der (meist männlichen) Täter beklagt. Frauen und Mädchen würden mit Macheten und Messern angegriffen, sie würden mit Äxten erschlagen, ins Feuer geworfen, mit Speeren attackiert und verprügelt. Nicht selten kommt es auch zu Massenvergewaltigungen von Frauen durch Gruppen junger Männer.

Nigel Spencer, der Geschäftsführer von *ChildFund* in Australien, sagte, viele Frauen suchten Rat und Hilfe bei der Polizei, stießen

dort jedoch auf taube Ohren. Der Staat und seine Einrichtungen täten nichts, um die Opfer sexueller Gewalt zu unterstützen, beklagte Spencer. Oft würden sogar Angestellte der Polizei zu Tätern. Viele Polizisten sähen auch großzügig über Straftaten hinweg, um nicht selber Opfer eines Vergeltungsschlages zu werden. Es gäbe nicht genug staatliche Programme für Männer. Ihnen müssten gewaltfreie Wege der Kommunikation mit Frauen und Kindern aufgezeigt werden.

Der schockierend offene Bericht der australischen Organisation enthält auch Zitate und Interviews mit Bewohnerinnen des einzigen Frauenhauses in Port Moresby. Monica Richards, die Leiterin dieses „Haus Ruth“, erklärte, in 60 % aller Fälle seien nicht nur die Frauen Opfer von männlicher Gewalt, sondern auch ihre Babies und Kleinkinder.

Spencer kündigte an, dass *Child-Fund* in den von der Organisation unterstützten 19 Dörfern im Distrikt Rigo östlich von Port Moresby eine Gesundheitsstation für die Opfer sexueller Gewalt eröffnen werde. Außerdem will die Organisation 50 einheimische Ersthelferinnen ausbilden, Frauen über ihre Rechte aufklären und auch Anti-Aggressions-Trainings für Männer anbieten. (*Radio Australia* 13.08.13, <http://www.childfund.org.au/publications/stop-violence-against-women-and-children-papua-new-guinea>)

MSF eröffnen Klinik für Opfer sexueller Gewalt

Die internationale Hilfsorganisation *Médecins Sans Frontières* (MSF, Ärzte ohne Grenzen) hat Mitte Mai in der neuguineischen Hauptstadt Port Moresby eine Klinik für die Opfer von psychischer und sexueller Gewalt eröffnet. Die „Nine-Mile Clinic“ ist bereits die dritte von MSF betriebene Klinik in PNG. Bereits 2007 hatte die erste Klinik der *Ärzte ohne Grenzen* in der zweitgrößten Stadt Lae geöffnet, hier wurden bis dato 13.000 Opfer von sexueller Gewalt behandelt. Die Klinik in Lae wurde

erst kürzlich in die Hände des neuguineischen Gesundheitsdienstes übergeben. Eine zweite Klinik betreiben die MSF in der Stadt Tari in der Provinz Southern Highlands.

Der PNG-Beauftragte der MSF, Paul Brockmann, sagte, seit Eröffnung der Klinik in Port Moresby hätte das Team bereits 43 Menschen behandelt. Im Vergleich zu anderen Ländern sei das eine hohe Zahl von Opfern sexueller Gewalt. Die Klinik bietet fünf Behandlungsmöglichkeiten: Neben der Notfallhilfe für verletzte Menschen gibt es eine erste, kostenlose psychologische Beratung für Trauma-Opfer, Beratung und Vorsorgeuntersuchungen bei Aids und weiteren sexuell übertragbaren Krankheiten, die „Pille danach“ für Vergewaltigungsoffer und Impfungen gegen Wundbrand und Hepatitis.

Brockmann erklärte, im Vergleich zu staatlichen Krankenhäusern biete die Nine-Mile Clinic neben den ersten kurzen Beratungsgesprächen längerfristige psychologische Betreuung von Menschen mit posttraumatischen Belastungsstörungen. Die psychologische Betreuung von Vergewaltigungsoffern sei den Ärzten ohne Grenzen besonders wichtig, die entsprechenden Ärzte und Fachpersonal sind in der Klinik ange stellt. Die Opfer sexueller Gewalt können nach der Erstversorgung psychologische Unterstützung in Anspruch nehmen. Nach Angaben von Brockmann wird diese Möglichkeit zunehmend von Gewaltopfern in Anspruch genommen.

Info: Ärzte ohne Grenzen leistet in Ländern medizinische Nothilfe, in denen die Gesundheitsstrukturen zusammengebrochen sind oder Bevölkerungsgruppen unzureichend versorgt werden. Die Aktivitäten sind vielfältig: Wiederaufbau und Inbetriebnahme von Krankenhäusern oder Gesundheitszentren, mobile Kliniken zur Versorgung von ländlichen Gebieten, Impfprogramme, medizinische Versorgung in Flüchtlingslagern, psychologische Betreuung, Aufbau von Ernährungszentren, Wasser- und Sani-

tärprojekte sowie Gesundheitsversorgung von besonders gefährdeten Gruppen.

Die *Ärzte ohne Grenzen* sind seit 1992 in PNG aktiv. Ende 2012 hatten sie 201 Mitarbeitende vor Ort, davon 168 einheimische Angestellte. (*Post-Courier* 08.07.13, <http://www.aerzte-ohne-grenzen.de/>, <http://www.msf.org/>)

Wasserkraftwerk wird saniert

Das Wasserkraftwerk Ramu 1 am Fluss Ramu im östlichen Hochland von Papua-Neuguinea kann saniert werden. Das gab die Firma Andritz Hydro bekannt, die seit Jahren mit dem einheimischen Energiezulieferer *PNG Power* zusammenarbeitet und Entwicklungshilfeprojekte im Bereich von Wasserkraftwerken mitfinanziert. Vertreter des global agierenden Unternehmens waren kürzlich zur Vertragsunterzeichnung ins östliche Hochland gereist. Mit einem großen Singsing, bei dem das eigens komponierte „Ramu 1 Sanierungslied“ gesungen wurde, feierte die Gemeinde die Zusage der Firma, das Wasserkraftwerk in den nächsten 27 Monaten grundlegend zu sanieren.

Das Wasserkraftwerk Ramu 1 besteht aus fünf Maschinensätzen mit einer Gesamtleistung von 81,6 MW. Die ersten drei Einheiten wurden bereits kurz nach der Unabhängigkeit 1976 geliefert. 1989 folgten zwei weitere Einheiten von Andritz Hydro. Das als „Yonki Dam“ bekannte Kraftwerk konnte in den letzten Jahren aufgrund diverser wirtschaftlicher und politischer Umstände nicht gewartet werden. Deshalb war nur eine eingeschränkte Produktion möglich, es fehlte an Ersatzteilen, eine Einheit wurde ganz stillgelegt. In den letzten Jahren bestellte PNG Power mehrere Ersatzlaufräder und beauftragte dann die Modernisierung des Kraftwerkes. Andritz Hydro schätzte den zu erwartenden Sanierungsaufwand und machte Vorschläge für eine Gesamtmodernisierung der Anlage.

Die Firma bekam letztlich den Zuschlag für die Sanierung des Kraftwerkes.

Info: ANDRITZ HYDRO ist ein globaler Anbieter kompletter elektromechanischer Ausrüstungen und Serviceleistungen („From water to wire“) für Wasserkraftwerke und als solcher einer der weltweit größten Anbieter im Markt für hydraulische Stromerzeugung. Die Firma hat mehr als 170 Jahre Erfahrung in der hydraulischen Energieversorgung, weitere Geschäftsbereiche sind Pumpen und Turbogeneratoren.

(<http://www.andritz.com/>)

Verbannung nicht-christlicher Religionen aus PNG?

Mitte Juli hat das Parlament beschlossen, eine landesweite Umfrage zur Frage der Religionsfreiheit zu starten und zu erfragen, ob nicht-christliche Religionen in Papua-Neuguinea verboten werden sollten. Der Antrag war vom Gouverneur der Hela-Provinz, Anderson Agiru, gestellt und von der überwältigenden Mehrheit unterstützt worden. Agiru betonte, dass die Präambel der Verfassung PNG eindeutig als „christliches Land“ ausweise. Angesichts zahlreicher anderer Religionen, die sich im Land breit machten, sei es jetzt an der Zeit, diese Frage zu stellen, bevor es zu spät sei. *„Wir sind ein sehr reiches Land und doch haben wir noch Bettler und Hungernde auf den Straßen. Überall sterben Menschen. Es ist höchste Zeit, dieses Land unter Gott zu bringen. Es ist Zeit für uns in diesem 9. Parlament, ein neues Kapitel in unserer Geschichte zu schreiben und nicht nur unbedeutende Fußnoten“*, sagte er. Die Umfrage solle ein Meinungsbild darüber liefern, wie die Menschen und die Kirchen zu dieser Frage stünden.

Inzwischen ist eine heiße Leserbriefdebatte dazu ausgebrochen. Die Katholische Bischofskonferenz von PNG und den Salomonen hat sich bereits vehement für

die Erhaltung der Religionsfreiheit ausgesprochen und sich gegen alle Versuche gestellt, diese einzuschränken. *„Wir wollen in keinem fundamentalistischen Staat leben wie in Afghanistan oder Somalia, oder Teilen von Indien...Religion ist eine Sache des Herzens. Entweder man glaubt an die Macht Gottes von innen heraus, oder man wird auch niemals durch ein Gesetz bekehrt. Gott sei Dank!“*, heißt es in einer Pressemeldung. Sehr kritisch hat sich auch die Pazifische Kirchenkonferenz dazu geäußert, das Christentum als Staatsreligion in PNG einzuführen. (Artikel von Pfr. Thomas Paulsteiner. Quellen: Post Courier, 15.07.13 und ABC Radio Australia, 22.07.13)

Ehrungen für Neuirländer

300 Menschen aus den beiden Provinzen von Neuirland haben aus den Händen von Generalgouverneur Sir Michael Ogio eine Medaille der britischen Königin Elizabeth II. anlässlich ihres 60jährigen Thronjubiläums erhalten. Sir Ogio hatte dazu an zwei aufeinanderfolgenden Tagen in das Peter Torot Konferenzzentrum nach Kavieng und in die Stemper Hall nach Namatanai eingeladen. Mit der Gedenkmünze wurden Personen ausgezeichnet, die sich in den vergangenen Jahren besonders für die Provinz Neuirland und den Staat Papua-Neuguinea eingesetzt haben. Zu den Geehrten gehörten u.a. Bergbauminister Byron Chan, Provinzadministrator Amani Monovi und der katholische Bischof Salot Taran.

Eine besondere Auszeichnung erhielt der Gouverneur von Neuirland, Sir Julius Chan. Er ist in den einheimischen Order of Logohu aufgenommen worden und darf sich zukünftig mit dem höchsten Ehrentitel des Landes „Chief“ bezeichnen. Chan diente u.a. von 1980 bis 1982 und von 1994 bis 1997 als Premierminister in PNG. (Wantok 28.06.13)

Hochrangiger Posten für Polizistin

Der Polizeidirektor der neuguineischen Polizei (Royal Papua New Guinea Constabulary), Tom Kulunga, hat Polizeieinspektorin Joanne Clarkson in ein neu geschaffenes Amt bei der Polizei berufen. Die seit 17 Jahren in Polizeidiensten stehende junge Frau bekleidet nun den Rang einer Polizeioberärztin und ist zuständig für den Reformprozess der Polizeikräfte. Clarkson war zuvor für die Einsatzplanung zuständig.

Kulunga begründete seine Wahl damit, dass die Polizei eine Verjüngung ihres Personals anstrebe und dass vor allem jungen weiblichen Kräften die Chance auf eine Karriere bei der Polizei gegeben werden solle. (Post-Courier 27.06.13, Flash d'Océanie 28.06.13)

BOUGAINVILLE

BRA-Kommandanten versöhnen sich

Drei führende ehemalige Rebellenführer haben sich 17 Jahre nach Spaltung der „Bougainville Revolutionary Army“ (BRA) in verschiedene Splittergruppen in einer traditionellen Zeremonie versöhnt. BRA-Kommandant Ishmael Torama, Moses Pipiro vom „Me'akamui Unity Government“ und Chris Uma von der Vereinigung „Me'ekamui“ erklärten, ihre Versöhnung sei ein weiterer wichtiger Schritt im Friedensprozess auf Bougainville. Die vereinbarte Zusammenarbeit der ehemaligen BRA-Kämpfer sei auch vor dem Hintergrund einer eventuellen Wiedereröffnung der Gold- und Kupfermine in Panguna zu sehen. Dabei liege das Schicksal der Mine jedoch nicht in ihren Händen, betonten die Männer, sondern in den Händen der Bevölkerung. Ohne deren Einverständnis würde die Mine nicht wiedereröffnet, erklärte Pipiro. Er erklärte zudem, dass eine Wiederaufnahme des Minenbetriebes erst dann möglich sei, wenn *Bougainville Copper*

Ltd. die von der „Me'ekamui Unity Government“ geforderten 3,26 Milliarden US-Dollar Kompensationszahlungen an die Bevölkerung überwiesen habe. (*Radio NZ. Intern. 25.07.13*)

Regierung schuldet Geld

Der Finanzminister der autonomen Provinz Bougainville (Autonomous Bougainville Government, ABG), Albert Punghau, wirft der Zentralregierung in Port Moresby vor, den finanziellen Forderungen der ABG nicht nachzukommen. Im Friedensabkommen (Bougainville Peace Agreement, BPA) habe man sich auf die Einrichtung eines Fonds zum Wiederaufbau des durch die Bougainville-Krise zerstörten Landes geeinigt, aus dessen Geldern auch Entwicklungshilfeprojekte finanziert werden sollten. Dieser „Restoration and Development Grant“ war 2005 eingerichtet worden, das Repräsentantenhaus von Bougainville erhielt daraus 10 Millionen Kina. Im Laufe der Jahre wuchs das Vermögen auf 15 Millionen Kina an, doch wurde nach Angaben des Finanzministers nach dem Regierungswechsel in PNG nichts mehr eingezahlt.

Das BPA schreibe fest, dass die in den Fonds eingelegten Gelder prozentual zu den staatlichen Investitionen steigen sollten, erklärte Punghau. Das habe die Regierung jedoch versäumt. Seiner Rechnung nach müssten in dem Fonds inzwischen 188 Millionen Kina (ca. 61 Mio. EURO) sein.

Punghau erklärte, er habe sich mit ABG-Präsident Dr. John Momis bereits verständigt und man erwäge eine Klage auf die Zahlung der ausstehenden Beträge vor dem Obersten Gerichtshof. Punghau sagte, es könne nicht sein, dass ein an Bodenschätzen dermaßen reiches Land wie Bougainville zu Bettlern degradiert werde. Sollte die Panguna-Mine wieder in Betrieb gehen, würde man schon bald zu einem der reichsten Länder im Pazifik gehören, erklärte der Minister. (*Post-Courier 02.07.13, Radio NZ. Intern. 03.07.13*)

ABG lehnt Abkommen ab

Die autonome Regierung von Bougainville (Autonomous Bougainville Government, ABG) hat sich verärgert gezeigt über ein Anfang August unterzeichnetes *Memorandum of Understanding* zwischen einer chinesischen Abraum-Beseitigungsfirma und einer Landeignervereinigung im Gebiet der ehemaligen Kupfer- und Goldmine Panguna. In Buka hatten Vertreter von „Beijing Aerospace Great Wall Mineral Investment Ltd.“ sowie der Vorsitzende der „Panguna Mine Affected Landowners Association“ (PMALA), Lawrence Daveona, ein Abkommen unterzeichnet, nachdem sich die chinesische Firma um den Abraum aus der Mine kümmern soll, sollte diese wiedereröffnet werden.

ABG-Präsident John Momis sagte, die PMALA habe ohne Rücksprache mit dem *ABG Joint Coordinating Committee* Kontakte zu den Chinesen aufgenommen und eigenmächtig gehandelt. Alle Entscheidungen, die Mine betreffend, sollten eigentlich von dem Komitee getroffen werden. In diesem haben sich Landeigner, die ABG, die Minenbetreiberfirma *Bougainville Copper Limited* und die Regierung von Papua-Neuguinea zusammengeschlossen. Momis erklärte, die Schließung der Mine und der darauffolgende langjährige Bürgerkrieg habe alle Menschen auf der Insel betroffen und es könne nicht sein, dass eine kleine Landeigner-Splittergruppe Entscheidungen von solcher Tragweite treffe. Damit sei das Memorandum seiner Meinung nach rechtlich nicht gültig. (*Post-Courier 13.08.13, Radio Australia 14.08.13*)

FIDSCHI

[Die Artikel in dieser Rubrik hat Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied Oliver Hasenkamp, Berlin, verfasst.]

Übergangsregierung veröffentlicht umstrittene neue Verfassung

Die fidschianische Übergangsregierung hat am 22. August die überarbeitete finale Version der neuen fidschianischen Verfassung veröffentlicht. Den Anfang des Jahres veröffentlichten Entwurf der unabhängigen Verfassungskommission hatte die Übergangsregierung zurückgewiesen, um ihn an einigen wichtigen Punkten zu überarbeiten. Fidschis Justizminister Aiyaz Sayed-Khaiyum, der auch für die Ausarbeitung der neuen Verfassung zuständig war, stellte das Ergebnis vor und sagte, die Verfassung solle offiziell in Kraft treten, sobald man öffentliche Rückmeldung zur Fehlerfreiheit der Übersetzung der Verfassung in lokale Dialekte habe.

Die Veröffentlichung der Verfassung sorgte sowohl für Lob als auch für Kritik. Während der australische Außenminister Bob Carr, welcher die fidschianische Übergangsregierung in den vergangenen Jahren immer wieder kritisiert hatte, die Veröffentlichung ausdrücklich begrüßte und als einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu demokratischen Wahlen im Jahr 2014 bezeichnete, kritisierten politische Parteien in Fidschi und Nichtregierungsorganisationen den Entwurf scharf.

Der Vorsitzende der *Fiji Labour Party*, Mahendra Chaudhry, sagte, er könne sich nicht vorstellen, dass Carr die Verfassung gelesen habe, als er sie begrüßte. Alle politischen Parteien hätten den Entwurf zurückgewiesen und seien empört über den Inhalt, sagte er weiter. Besonders kritisierte Chaudhry die unzureichende Garantie von grundlegenden Menschenrechten sowie fehlende Gewerkschaftsrechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Auch die international geachtete Men-

schenrechtsorganisation *Amnesty International* kritisierte, dass die Verfassung gravierende Mängel bei der Sicherstellung international akzeptierter Menschenrechte und Freiheiten aufweise. In einer Pressemitteilung forderte *Amnesty International* die fidschianische Übergangsregierung oder eine zukünftige demokratisch gewählte Regierung auf, die Verfassung diesbezüglich schnellstmöglich zu überarbeiten.

Die neue Verfassung sieht vor, dass die politischen Entscheidungen nach den geplanten Wahlen im Jahr 2014 von einem 50-köpfigen Parlament getroffen werden sollen. In Zukunft sollen laut der Verfassung alle vier Jahre Parlamentswahlen stattfinden. Im Unterschied zum ursprünglichen Entwurf der Verfassungskommission gibt es bei diesen Wahlen keine Wahlbezirke, in denen einzelne Wahlkreisabgeordnete gewählt werden können, sondern nur eine nationale Abstimmung. Außerdem stärkt die neue Verfassung die Landrechte von indigenen Fidschianern (i-taukei) und den Bewohnern Rotumas und Banabas. Dennoch wird dem neuen Verfassungsentwurf auch die Missachtung von Indigenenrechten und freier kultureller Entfaltung vorgeworfen. Weitere Unterschiede zum ersten Verfassungsentwurf sind, dass die derzeitige Übergangsregierung bis zur Wahl im Amt bleiben und nicht sechs Monate vor dem Wahltermin durch eine technokratische Übergangsregierung abgelöst werden muss. Auch sieht der neue Verfassungsentwurf vollständige Immunität für Mitglieder der Übergangsregierung vor, während der erste Entwurf eine Ausnahme für Verbrechen gegen wichtige Grundrechte vorsah.

Aiyaz Sayed-Khaiyum forderte Politiker aller Parteien währenddessen auf, das Meckern über die neue Verfassung einzustellen. Die vorgetragenen Thematiken seien in den vergangenen Jahren zur Genüge diskutiert und behandelt worden. Man solle sich nun besser auf die Zukunft besinnen und überlegen, wie man gemeinsam

eine erfolgreiche Zukunft für die Verfassung und für Fidschi gestalten könne. (*Islands Business* 29.8.2013, 30.8.2013, 1.9.2013, *Amnesty International*)

Citizens' Constitutional Forum & Akuila Yabaki zu hohen Strafen verurteilt

Am 9. August 2013 sind die fidschianische Nichtregierungsorganisation *Citizens' Constitutional Forum* (CCF) und ihr Vorsitzender Akuila Yabaki wegen angeblicher Behinderung der Arbeit des fidschianischen Justizsystems verurteilt worden. Dem CCF wird vorgeworfen, durch den Abdruck eines Artikels, welcher sich kritisch zur Unabhängigkeit des fidschianischen Justizsystems äußert, versucht zu haben, das Vertrauen in die Gerichte des Landes zu beschädigen und somit die Arbeit dieser zu erschweren. Die Organisation, die sich in den vergangenen Jahren immer wieder kritisch zur amtierenden Übergangsregierung geäußert hat, wurde zur Zahlung einer Geldstrafe in Höhe von 20.000 F\$ (ca. 7.800 €) sowie der Veröffentlichung einer Richtigstellung verurteilt und muss Gerichtskosten in Höhe von 2.500 F\$ (ca. 975 €) übernehmen. Ihr Vorsitzender Akuila Yabaki wurde außerdem zu einer dreimonatigen Haftstrafe verurteilt, welche gegen Zahlung einer Kaution für ein Jahr ausgesetzt ist. Er muss ebenfalls Gerichtskosten in Höhe von 2.500 F\$ tragen.

Den Angeklagten wird der Abdruck einer fremden Meinung in einer ihrer Publikationen zur Last gelegt. Ihnen wird vorgeworfen, in einer Ausgabe des monatlichen Newsletters *Tutaka* des CCF eine Analyse eines in Großbritannien veröffentlichten Berichts über das fidschianische Justizsystem abgedruckt zu haben. In dieser Analyse eines Autors, der sich weder in Fidschi aufhält, noch die fidschianische Staatsbürgerschaft besitzt, heißt es, dass die Unabhängigkeit des Justizsystems aufgrund der Abwesenheit einer demokratisch legitimierten Regierung nicht gewährleistet ist. Aus

Sicht der Staatsanwaltschaft handelt es sich hierbei um den Versuch der Untergrabung der Autorität der Justiz.

Umgestaltung von Air Pacific nach Umbenennung in Fiji Airways beendet

Seit dem 27. Juni 2013 operiert die fidschianische Fluggesellschaft, welche bisher als *Air Pacific* bekannt gewesen ist, offiziell unter ihrem neuen Namen *Fiji Airways*. Die Umbenennung der Fluggesellschaft ist seit längerer Zeit geplant und über die vergangenen fünfzehn Monate unter anderem durch die optische Umgestaltung der Flugzeuge schrittweise durchgeführt worden. Das neue Logo und Design der Fluggesellschaft orientiert sich dabei an traditionellen fidschianischen Mustern. Es ist von dem jungen Künstler Makereta Matemosi entworfen worden. Das Design hat inzwischen bereits mehrere internationale Auszeichnungen gewonnen. Die Umbenennung geht nicht nur mit einem neuen Design einher, sondern auch mit verstärkten internationalen Werbeaktionen und einer neuen Unternehmensstrategie, wie der Vorsitzende der Fluggesellschaft, Aubrey Swift, sagte.

Den neuen Namen, *Fiji Airways*, hatte der Vorgänger von *Air Pacific* bereits ab 1958 genutzt. *Air Pacific* war 1971 gegründet worden, war zeitweise von verschiedenen pazifischen Inselstaaten finanziert worden und hatte die Sicherstellung eines regelmäßigen Flugverkehrs zwischen den Inseln zum Ziel. Über die Jahre haben sich einzelne Staaten aus finanziellen Gründen mehr und mehr aus dem Gemeinschaftsprojekt zurückgezogen, so dass Nauru, Kiribati, Samoa und Tonga heute lediglich noch 0,74 % des Unternehmens besitzen. *Air New Zealand* ist mit 1,94 % beteiligt, während der fidschianische Staat 51 % an der Fluggesellschaft besitzt. (*Islands Business* 17.6.2013, *Website von Fiji Airways, Wikipedia*)

Fidschi will Beziehungen zum Iran intensivieren

Fidschi möchte seine Beziehungen zum Iran weiter ausbauen. Dies hat Fidschis Übergangspräsident Voreque Bainimarama in einem Brief an den neuen iranischen Präsidenten Hassan Rouhani bekanntgegeben. In seinem Gratulationsschreiben nach seiner Amtseinführung im August verwies Bainimarama auf die bereits bestehende Zusammenarbeit mit dem Iran, verwies auf viele Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Staaten und dankte dem Iran für Unterstützung. Vor allem über die so genannte G77 sowie das *Bündnis Blockfreier Staaten* hat Fidschi seine Beziehungen zu Staaten, welche nicht als klassische Partner der pazifischen Inselstaaten gelten und von westlichen Staaten teilweise kritisch betrachtet werden, deutlich intensiviert.

Die G77 wird in diesem Jahr von Fidschi geleitet, während der Iran den Vorsitz über das *Bündnis Blockfreier Staaten* innehat. Bainimarama betonte die gute Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten in ihrer jeweiligen Rolle und hob die Bemühungen des Irans hervor, sich für einen Ausbau der Beziehungen zwischen Entwicklungsstaaten einzusetzen. (*Islands Business* 29.8.2013)

VANUATU

Keine Todesstrafe

Der Premierminister von Vanuatu, Moana Carcasses, hat sich gegen die Einführung der Todesstrafe für Mörder und Totschläger ausgesprochen. Stattdessen sollte das Strafrecht reformiert werden und lebenslange Haftstrafen ohne Bewährung weitaus häufiger verhängt werden als es zurzeit der Fall sei, forderte der Premier.

Vorausgegangen war die Forderung einiger Minister, die Todesstrafe wieder einzuführen, um dem Land größere „politische Stabilität“ (Zitat des inzwischen

abgesetzten Justizministers Silas Yatan) zu verschaffen. Auch der Vorsitzende des Ältestenrates (National Council of Chiefs), Seni Mao Tirsupe, sprach sich für die Einführung der Todesstrafe aus. Die Diskussion um die Todesstrafe war im Parlament aufgekommen, nachdem es in den ersten sechs Monaten des Jahres bereits zu drei Morden gekommen war, darunter auch an einer im achten Monat schwangeren jungen Frau. (*Flash d'Océanie* 17.07.13, *Radio NZ. Intern.* 10.07.13)

145 Tiefseeerlizenzen erteilt

Der Minister für Land, Geologie, Minen, Energie und Wasser, Ralph Regenvanu, hat anlässlich eines mehrtägigen Workshops zum Thema „Offshore Mining and its Social Impacts“ im Hotel Holiday Inn in Port Vila bekannt gegeben, dass die Regierung von Vanuatu in den letzten Jahren insgesamt 145 Lizenzen für den Tiefseebergbau sowie drei Lizenzen für die Ölförderung erteilt hat. Diese hohe Zahl sei erschreckend, beklagte der Minister, zumal er in den Unterlagen keine offiziellen Regularien für die Vergabe von Tiefseebergbaulizenzen gefunden habe. Scheint's wahllos habe die Regierung die Lizenzen an diverse Firmen erteilt, ohne sich vorab über die Gefahren des Tiefseebergbaus ausreichend wissenschaftlich informiert zu haben. Als Minister für Land werde er sich dafür einsetzen, dass die Landbesitzenden Klane in Vanuatu zukünftig in Entscheidungsprozesse über die Vergabe von Lizenzen miteinbezogen würden. Außerdem müssten die Klansprecher mit der Vergabe von Lizenzen an ausländische Firmen und an andere Staaten einverstanden sein. Dies Einverständnis solle mithilfe der Methode „Free Prior Informed Consent“ eingeholt werden. Er werde diesen Vorschlag im November ins Parlament einbringen und hoffe, dass dieses dann über eine Gesetzesergänzung zum Landrecht entscheide, erklärte Regenvanu. Außerdem wolle er durchsetzen, dass zukünftig auch der *National Council of Chiefs* (na-

tionaler Ältestenrat) in alle Landvergabeentscheidungen miteinbezogen werde, sagte der Minister. (*Vanuatu Daily Post* 12.06.13)

Neue Partei gegründet

Ende Juni wurde in Teoumaville auf der Insel Efate eine neue Partei gegründet, die *People's National Party*. Gründer und amtierender Vorsitzender ist der 42-jährige Baptist Firiam aus Emae in der Shepherds-Inselgruppe. Das ehemalige Mitglied der *Vanua'aku Party* (VP) verfügt über langjährige Erfahrungen im politischen Taggeschäft. Aus Unmut über die Politstrategie der VP gründete Firiam seine eigene Partei, die nach eigenen Angaben sich vor allem um die unterprivilegierte Landbevölkerung und um arbeitslose Jugendliche kümmern will. Der Reichtum konzentrierte sich auf einige Personen in den großen Städten, beklagte der Parteivorsitzende, der mehr soziale Gerechtigkeit forderte. Deshalb habe er sich als Motto für seine Partei auch „Malele Ho“ ausgedacht, die Bezeichnung für die einheimischen Banane, erklärte Firiam. Diese Banane wachse überall schnell und schlage neue Triebe aus, die viele Menschen satt macht. Er stelle sich vor, dass die neue Partei ebenso wie die Banane vielen Menschen nützen könne. (*Vanuatu Daily Post* 25.06.13)

Entsalzungsanlagen für Inseln

Die Regierung von Vanuatu hat Anfang August ein Finanzierungsabkommen zum Bau von solarbetriebenen Meerwasserentsalzungsanlagen für den Osten der Insel Ambae und für die Insel Aniwa unterzeichnet. An der feierlichen Zeremonie nahmen der vanuatische Finanzminister Maki Simelum, der in Fidschi ansässige japanische Botschafter Kinzo Nakagun und der Geschäftsführer des *Pacific Environment Community Fund* (PEC-Fund), Jonathan Mitchell, teil. Aus dem von der japanischen Regierung zur Verfü-

gung gestellten PEC-Fonds werden in verschiedenen pazifischen Inselstaaten Projekte zur Gewinnung erneuerbarer Energien und zur Erzeugung von Trinkwasser finanziert. Dafür stellt Japan jedem pazifischen Inselstaat vier Millionen US-Dollar zur Verfügung. Im April des Jahres hatte das *Pacific Islands Forum Secretariat*, das die Gelder des Fonds verwaltet, entschieden, mit den für Vanuatu bestimmten Fördermitteln Meerwasserentsalzungsanlagen in den durch extreme Trockenheit bedrohten Inseln Ambae und Aniwa zu bauen. Auf Ambae soll mit dem durch Solarenergie gewonnenen Trinkwasser ein regionales Gesundheitszentrum versorgt werden, desgleichen profitieren die rund 10.500 Bewohner des östlichen Teils der Insel Ambae von der neuen Anlage. Mit der zweiten Anlage soll Meerwasser für die 350 Bewohner von Aniwa aufbereitet werden. (*Pressemitteilung Pacific Islands Forum Secretariat 02.08.13*)

Junge Männer hissen Flagge auf Vetagde

Eine Gruppe junger Männer von der vanuatischen Insel Torba hat Mitte Juli die Nationalflagge auf der unbewohnten Insel Vetagde gehisst und damit symbolisch die Insel in Besitz genommen. Die rund 55 Meter hohe Insel mit üppiger tropischer Vegetation liegt nördlich von Torba und gehört zur so genannten Torres-Inselgruppe. Die Insel liegt jedoch geographisch weit näher an Tikopia, einer in der Temoutu-Provinz der Salomonen gelegenen Insel. Schon in der Vergangenheit hatte es Diskussionen zwischen den Salomonen und Vanuatu um die staatliche Zugehörigkeit der Insel gegeben. Da die Insel jedoch nachweislich innerhalb der 200-Meilen-Zone von Vanuatu liegt, war man übereingekommen, sie der Provinz Torba der Republik Vanuatu zuzuschlagen. Der Name der Insel geht auf einen Ausdruck in der Torba-Sprache zurück.

Tony Tevi, der Koordinator für die

maritimen Grenzen von Vanuatu, erklärte, er werde sich vor Ort ein Bild von der Insel machen. Wenn sie wirklich so fruchtbar sei wie von den jungen Männern geschildert, müsse man nachfragen, warum die Menschen von Torba diese Insel nicht besiedelt hätten. (*Vanuatu Daily Post 18.07.13, Radio NZ. Intern. 18.07.13*)

Neues Nationalarchiv

Kurz vor dem Abschluss stehen die Bauarbeiten an dem neuen Nationalarchiv und der staatlichen Bücherei im Saralana Park in der Hauptstadt Port Vila. Das „National Library and National Archive Building“ soll im September eröffnet werden. Das Gebäude wird seit August 2012 im Saralana Park gegenüber dem Nationalmuseum errichtet. Das verantwortliche Architektenbüro ist *Walker Architects* aus Neuseeland, die Baufirma *Fletcher Construction* ist eine einheimische Firma.

Das neue Gebäude ist ein Geschenk der australischen Regierung anlässlich des 30. Jahrestages der Unabhängigkeit Vanuatus im Jahr 2010. Damals hatte die australische Generalgouverneurin Quentin Bryce Vanuatu besucht und den offiziellen Spatenstich für den Neubau gegenüber dem Museum getan.

Die Leiterin des Archivs, Anne Naupa, und die Chefbibliothekarin June Bela Norman zeigten sich begeistert von dem Neubau. In der neuen Bibliothek werden die rund 22.000 Werke trocken und fachgerecht gelagert werden. Da es sich um eine Präsenzbibliothek handelt, können die Bücher nur vor Ort gelesen und nicht entliehen werden. Dazu werden aber dann 50 statt wie bisher nur 10 Lese- und Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Der bisherige Aufbewahrungsort für die Bibliothek und das Archiv, ein Raum im Nationalmuseum, quillt aus allen Nähten und ist befallen von Schädlingen. (*Vanuatu Daily Post 10.06.13, <http://www.fletcherconstruction.co.nz/projects.php?id=471&action=search>*)

KANAKY (NEUKALEDONIEN))

Schuldenerlass

Die französische Regierung hat Neukaledonien seine Schulden in Höhe von 289,4 Mio. EURO erlassen. Das gab der französische Hochkommissar in Nouméa am 18. Juni bekannt. Der Schuldenerlass war überraschend von dem französischen Premierminister Jean-Marc Ayrault ausgesprochen worden, nachdem dieser vom 26. bis zum 28. Juli des Jahres erstmals das französische Überseegebiet dienstlich besucht hatte.

Die Schulden datieren aus den 70er und 80er Jahren. 1975 und erneut 1984 hatte Frankreich Neukaledonien einen Festpreis für die Abnahme des Nickels garantiert, um den brachliegenden Bergbausektor zu stützen und das Land vor dem Bankrott zu bewahren. Der extrem niedrige Nickelpreis in dieser Zeit hatte dazu geführt, dass Frankreich Gelder zuschießen musste. Darüber waren zwei Schuldnerverträge mit Neukaledonien geschlossen worden.

Der Schuldenerlass sorgte in der französischen Wirtschaftswelt für eine Überraschung. Unter Präsidentschaft von Nicolas Sarkozy hatte es noch so ausgesehen, als ob Neukaledonien die Schulden zurückzahlen müsste.

(*Radio NZ. Intern. 07.08.13, http://www.lepoint.fr/economie/nouvelle-caledonie-l-etat-efface-pres-de-300-millions-d-euros-de-la-dette-mini-ere-06-08-2013-1711847_28.php*)

Präsident gewählt

Der 62-jährige Kanake Roch Wamytan wurde am 8. August im dritten Wahlgang zum Präsidenten des neukaledonischen Kongresses gewählt. Obwohl Wamytan mit 23 Stimmen (von 54) keine Mehrheit erzielen konnte, reichten ihm die Stimmen zum Wahlsieg gegen seine Konkurrenten Gérard Poadja (134 Stimmen) von der Partei *Calédonie Ensemble* und Simon Loueckhote (17 Stimmen) von einem größeren Parteien-

bündnis.

Damit konnte sich Wamytan, ein Befürworter der Unabhängigkeitsbewegung und Mitglied der Partei *FLNKS-Union Calédonienne*, gegen die Kandidaten der pro-französischen Parteien durchsetzen. Erstmals wurde damit ein Unabhängigkeitsbefürworter zum Kongressvorsitzenden gewählt. Im nächsten Jahr stehen Neuwahlen des Kongresses an. Dieser wird dann über den Zeitpunkt des Referendums über die Unabhängigkeit entscheiden müssen, das bis zum Jahr 2018 abgeschlossen sein muss.

(http://www.lepoint.fr/societe/nouvelle-caledonie-roch-wamytan-elu-president-du-congres-08-08-2013-1712370_23.php, *Radio NZ. Intern. 08.08.13, Wikipedia*)

Neuer Oberkommandierender

Am 5. August ist der 55-jährige Franzose Luc du Perron de Revel auf dem Platz Bir-Hakeim in der Hauptstadt Nouméa mit militärischen Ehren in sein Amt als Oberkommandierender der neukaledonischen Streitkräfte in sein Amt vereidigt worden. Er folgt auf General Jean-François Parlanti, der dieses Amt seit dem 1. August 2011 innehatte.

Kurz vor Amtsantritt war de Revel vom Ministerrat in das Amt eines Brigadegenerals befördert worden. Von 2003 bis 2005 hatte der in Marokko geborene Franzose das 43. Marine-Infanterieregiment an der westafrikanischen Elfenbeinküste kommandiert. Bereits von 1992 bis 1994 hatte er als Offizier bei der FANC (Forces Armées de la Nouvelle-Calédonie) gedient. De Revel ist verheiratet und Vater von vier Kindern.

(<http://www.lnc.nc/article/actualite-en-direct/un-nouveau-general-pour-les-fanc>, <http://www.defense.gouv.fr>)

MIKRONESIEN

13 Naturschutzgebiete ausgewiesen

Palau: Das Ministerium für Ressourcen, Umwelt und Tourismus von Palau (*Palau Ministry of Natural Resources, Environment and Tourism, PAN*) hat Mitte des Jahres dreizehn neue Landschaftsschutzgebiete in den 13 Bundesstaaten der Republik Palau ausgewiesen. Damit möchte das Land einen Beitrag zu dem ambitionierten so genannten „Mikronesischen Plan“ leisten, nachdem bis zum Jahr 2020 30 % der Küstengewässer und 20 % des inländischen Regenwaldes unter Schutz gestellt werden sollen. Das PAN wacht über die Einhaltung der Schutzvorschriften in den entsprechenden Gebieten.

Möglich wurde die Ausweisung der Landschaftsschutzgebiete durch die bereits im Jahr 2010 eingeführte *Umweltsteuer* in Höhe von 30 US-Dollar pro Person. Diese Steuer müssen alle Touristen bei Abflug vom Flughafen in Koror zahlen. Die Gelder kommen uneingeschränkt Projekten zum Schutz der Flora und Fauna zugute. Mit dem Anstieg der Touristenzahlen in den letzten Jahren lagen die Einnahmen durch die Umweltsteuer über den Erwartungen der PAN. (*Palau Island Times, 13.06.13*)

Neuer Botschafter-Posten

Palau: Der palauische Präsident Tommy Remengesau hat Ende August den in New York lebenden Rechtsanwalt Stuart Beck zum ersten „Botschafter des Ozeans und der Meere“ (*Ambassador on Oceans and Seas*) berufen. Beck war zuvor für ein knappes Jahrzehnt der permanente Botschafter Palaus bei den Vereinten Nationen in New York. Kürzlich war er in diesem Amt von Dr. Caleb Otto abgelöst worden. Präsident Remengesau sagte, er versprache sich vor allem viel von den diplo-

matischen Kontakten, die Beck im Laufe der Jahre aufgebaut habe. Diese könne er nun einbringen, um die Gewässer Palaus besser zu schützen und nachhaltig zu bewirtschaften.

Info: Der amerikanische Rechtsanwalt Stuart Beck studierte Jura in Harvard und an der Yale Law School. Er beriet federführend Palau bei den Verhandlungen zum *Compact of free association*, der 1994 zur Unabhängigkeit der Republik Palau führte. Für seinen langjährigen diplomatischen Einsatz wurde Beck 2003 mit der Ehrenstaatsbürgerschaft Palaus geehrt. Beck ist mit einer Frau aus Palau verheiratet, das Paar hat vier Kinder. (*The Marshall Islands Journal 30.08.13, Wikipedia*)

Neues Kabinett

Nauru: Nach den Parlamentswahlen vom 8. Juni 2013 hat der neue Präsident von Nauru, Baron Waqa, sechs Minister in sein Kabinett berufen. Der mit 13 von 18 Stimmen ins Präsidentenamt gewählte Waqa übernimmt folgende Ministerien: Öffentliche Dienste, Außenpolitik, Handel, Klimawandel, Polizei und Sicherheit. Neben den Veteranen der Politik, David Adeang, Valdon Dowiyogo und Shodlog Bernicke, berief Waqa auch eine Frau in sein Kabinett: Charmaine Scotty erhielt die Ministerien für Bildung, Jugend, Land und das Innenministerium. Der Politik-Anfänger und erstmals zu Parlamentswahlen angetretene Aaron Cook übernimmt das Handels- und Wirtschaftsministerium sowie das Ministerium für Umwelt.

Zu den Wahlen angetreten waren rekordverdächtige 68 Kandidaten. Sie konkurrierten um 18 Parlamentssitze in den acht Distrikten der Insel mit ihren rund 9.400 Bewohnern. (*Radio Australia 13.06.13, CIA World Factbook, http://www.naurugov.nr*)

MARSHALL-INSELN

Proteste gegen US-Bericht

Die Veröffentlichung des amerikanischen Berichtes über Menschenhandel (*U.S. State Department Trafficking on Persons Report 2013*) hat in den Marshall-Inseln für Empörung gesorgt. In dem jährlich veröffentlichten Bericht waren die Marshall-Inseln auf die „Watch List“ derjenigen Länder gesetzt worden, die sich in den Augen der US-Regierung des Menschenhandels schuldig machen. In dem Bericht heißt es, dass die Prostitution asiatischer Frauen in Bars und einschlägigen Restaurants ein großes Problem sei und dass die Regierung nichts unternähme, um die meist illegal im Land sich befindlichen Frauen vor sexueller Ausbeutung durch die Besatzungsmitglieder von (meist chinesischen) Containerschiffen zu schützen.

Der marshallische Außenminister Phillip Muller protestierte gegen die Einstufung der Inseln als Land, in dem der Menschenhandel mit Frauen floriere. Es handele sich um eine falsche Wahrnehmung, die vermutlich von so genannten „Expatriates“ an die amerikanischen Beobachter hergetragen worden sei. Bei den Frauen in den Bars handele es sich nicht um illegale Prostituierte, sondern um die Ehefrauen der Schiffsbesatzungen, die bei längerer Liegezeit der Schiffe ihre Ehefrauen und Kinder einfliegen ließen, erklärte Muller. Er betonte, dass die wenigen Fälle von Prostitution von illegal sich im Land befindlichen südostasiatischen Frauen in den letzten Jahren rückhaltlos aufgeklärt und die Schuldigen bestraft worden seien. Die Marshall-Inseln seien ein Staat, der auf christlichen Prinzipien basiere und dessen Rechtsprechung sehr streng sei, erläuterte der Außenminister in einem Gespräch mit *Radio Australia*. Menschenhandel gäbe es hier nicht, reagierte der Minister mehr als verärgert auf die Veröffentlichung des US-Berichtes.

Der amerikanische Botschafter für die Marshall-Inseln, Thomas Armbruster, verwahrte sich gegen die harsche Kritik Mullers und erklärte, die amerikanische Regierung werde die Marshall-Inseln weiterhin auf der Beobachtungsliste der von Menschenhandel betroffenen Staaten lassen. *„Trafficking is a serious issue here...“*, sagte der Botschafter der Wochenzeitung *„The Marshall Islands Journal“*.

Generalstaatsanwalt Filimon Manoni sagte, er hoffe, die Regierung der Marshall-Inseln nehme den amerikanischen Bericht ernst. Noch fehle es nämlich in den Marshall-Inseln an einer offiziellen Regierungspolitik bzw. an Gesetzen in Bezug auf den Menschenhandel. Bisher habe man derartige Probleme mit den normalen Einreise- und Aufenthaltsgesetzen versucht zu lösen, erklärte der Generalstaatsanwalt.

Info: Die amerikanische Regierung hat in ihren Bericht zum Menschenhandel sieben pazifische Inselstaaten aufgenommen. Der Bericht teilt die Länder in drei Stufen ein, von 1 (niedrig, wenig Menschenhandel) bis Stufe 3 (hoch, viel Menschenhandel). Bevor ein Land endgültig in eine Kategorie eingestuft wird, kommt es für zwei bis maximal vier Jahre auf eine so genannte „Beobachtungsliste“ (Watch List), von der es nach erfolgreichen Bemühungen zur Verringerung von Menschenhandel auch wieder gestrichen werden kann. In Stufe 2 befinden sich derzeit Fidschi, Palau und Tonga. Auf der Beobachtungsliste zur Stufe 2 stehen die Marshall-Inseln, die Föderierten Staaten von Mikronesien und die Salomonen. Zur Stufe 3 gehört Papua-Neuguinea. Staaten in dieser Kategorie kann amerikanische Entwicklungshilfe ohne Angabe weiterer Gründe entzogen werden. Länder in der Kategorie 3 können auch von finanziellen Sanktionen seitens des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank betroffen sein.

Die Marshall-Inseln waren im letzten Jahr in die Stufe 2 eingruppiert

worden und wurden in diesem Jahr heruntergestuft in die Beobachtungsliste zur Stufe 2, da sie nach Angaben der amerikanischen Behörden nichts getan haben, um den Menschenhandel nicht nur von Prostituierten, sondern auch von gewaltsam angeworbenen Seeleuten zu stoppen. *„The government made no efforts to prevent trafficking during the year“*, heißt es deutlich im dem US-Bericht. Und weiter: *...„the government has not made efforts to identify victims proactively, especially among vulnerable populations, such as foreign and local women in prostitution and foreign men on fishing vessels in Marshallese waters. The RMI government does not fully comply with the minimum standards for the elimination of trafficking...“*

(<http://www.state.gov/documents/organization/210740.pdf>, *Marshall Islands Journal* 19.07, 26.07.13, *Radio Australia* 22.07.13)

Virtuelles Museum eröffnet

Ein neues virtuelles Museum ermöglicht Internetbenutzern den Zugang zu feinen, geflochtenen Matten. Die „Jaki-ed“ genannten Kleidungs-Matten sind zum Teil in Museen auf der ganzen Welt ausgestellt. In Deutschland beherbergt das Stuttgarter Lindenmuseum eine große Anzahl dieser besonderen Familienerbstücke. Die Matten werden traditionell von Frauen als Kleidungsstücke, Geschenke oder zur Dekoration geflochten, seit einigen Jahren gibt es dafür ein eigenes Handwerkszentrum auf dem Campus der *University of the South Pacific (USP)* auf dem Majuro-Atoll. USP-Direktorin Dr. Irene Taafaki hatte gemeinsam mit Betty Kam vom *Bishop Museum* in Honolulu (Hawaii) und weiteren Frauen von den Marshall-Inseln bereits vor Jahren die Idee, die feinen Matten der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Da es an Finanzen fehlt, um ein „echtes“ Museum auf Majuro zu bauen, kamen die Damen auf die Idee der Einrichtung eines virtuellen Museums. Diese Idee ließ sich erst im Laufe dieses Jahres verwirklichen, nachdem die Marshall-Inseln über Breitbandka-

bel eine schnell Internetverbindung bekamen.

Die in Majuro lebende Journalistin und Filmemacherin Karen Earnshaw zeichnet inhaltlich und redaktionell verantwortlich für das *Virtual Museum of Marshallese Fine Weaving*. Der an der USP in Suva ausgebildete Programmierer und Computerexperte Jaston Anjain übernahm die anspruchsvolle technische Gestaltung mit einem Augenzwinkern. So gibt es auf der Homepage des Museums zum Beispiel einen eigenen Menüpunkt „Toiletten“. Klickt man darauf, sieht man ein reales typisches marshallisches Toilettenhäuschen mit einem Schild davor „Wegen Reinigung geschlossen“. Das virtuelle Museum bietet nicht nur Einblicke in Museumssammlungen von Matten in England, Amerika, Neuseeland und Deutschland, sondern zeigt auch einen Film über die kulturelle Bedeutung der Jaki-ed für die Marshalliesen. Auch den in „echten“ Museen beliebten Museums-Shop haben die Macherinnen der Seite nicht vergessen. Hier bietet sich den Flechterinnen erstmals die Möglichkeit, ihre Matten nicht nur auf dem lokalen Markt anzubieten, sondern sie weltweit zu vermarkten.

Hier geht es zum neuen Museum: <http://www.clothingmatsofthemars.halls.com>

(*The Marshall Islands Journal* 30.08.13)

KIRIBATI

Neues Abkommen mit EU

Die Europäische Union und Kiribati haben ihr bereits im September 2012 abgelaufenes Abkommen über die Fangmenge von Thunfisch unter neuen Bedingungen verlängert. Demnach darf die EU ab sofort mit vier Schnürwadenden- und sechs Langleinenschiffen in der exklusiven ökonomischen Zone von Kiribati fischen. In Kiribati fischt seit Jahren eine Fischfangflotte aus dem EU-Mitgliedsland Spanien. Jährlich dürfen die Spaniern 15.000 Ton-

nen Thunfisch aus dem Meer entnehmen, das sind 8.600 Tonnen mehr als in dem ersten, bereits 2006 geschlossenen Vertrag zwischen den Staaten. Dafür zahlt die EU 975.000 Euro an Kiribati, weitere 350.000 Euro fließen in die regionale Fischereipolitik von Kiribati und sollen die lokalen Fischer unterstützen. Sollten die Spanier mehr als 15.000 Tonnen Thunfisch jährlich fischen, müssen Nachzahlungen geleistet werden, und zwar 250 Euro pro Tonne für die ersten 2.500 Tonnen und anschließend 300 Euro für jede weitere Tonne. Davon soll die EU jedoch nur 65 Euro übernehmen, der Rest der Summe muss von dem Schiffseigner aufgebracht werden.

In weiteren Details regelt das Abkommen auch die Unterstützung der EU bei der nachhaltigen Bewirtschaftung der Thunfischbestände in den Gewässern Kiribatis. Dazu soll die EU auch die Zusammenarbeit zwischen Kiribati und anderen Thunfisch exportierenden Ländern im Pazifik fördern.

Die *Parties to the Nauru Agreement* (PNA), zu denen Kiribati gehört, haben das Abkommen mit der EU kritisiert. PNA-Chef Dr. Transform Aqorau sagte, Kiribati hätte weitaus mehr Geld bekommen können, wenn sie das Fischfangabkommen nicht abhängig von der jährlichen Thunfischmenge, sondern von den Schiffen pro Tag (Vessel Day Scheme) gemacht hätte. Demnach hätten die Europäer täglich bis zu 8.300 US-Dollar pro Fangschiff pro Tag an Kiribati zahlen müssen. Auf diese Summe hatte sich die PNA kürzlich geeinigt, nachdem die Thunfischbestände im Pazifik knapper und der Weltmarktpreis für guten Thunfisch höher wurden. Die spanischen Supertrawler, die u.a. auch mit Fish Aggregation Devices arbeiten, hätten demnach zwischen 12.000 und 16.000 US-Dollar pro Fangtag zahlen müssen. Das wäre eine gerechte Summe, so Aqorau, denn diese Trawler hätten jährliche Profite zwischen fünf und zehn Millionen \$ zu verzeichnen, bemängelte der

PNA-Vorsitzende das eigenmächtige Vorgehen des PNA-Mitgliedslandes Kiribati. (*Islands Business May 2013, Seite 29*)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

Neuer Premier

Tuvalu: Der Diplomat Enele Sopoaga ist neuer Premierminister von Tuvalu. Der ehemalige Oppositionellenführer wurde Anfang August vom Parlament gewählt. Der Wahl vorausgegangen war ein Misstrauensvotum mit 8:5 Stimmen gegen Amtsinhaber Willy Telavi, der gezwungenermaßen zurücktrat. Durch einige plötzliche Todesfälle in den Reihen der Parlamentarier und einen Rücktritt des Gesundheitsministers hatte Telavi die Stimmenmehrheit im (eigentlich 14-köpfigen) Parlament verloren. Bereits seit Dezember 2012 fehlt aus gesundheitlichen Gründen auch der Bildungsminister Falesa Pitoi bei den Parlamentssitzungen. Die Unzufriedenheit der zahlenmäßig dann auch überlegenen Opposition hatte am 2. August zu einem Misstrauensantrag gegen den Premierminister geführt.

Info: Enele Sosene Sopoaga (Jahrgang 1956) aus Tuvalu studierte Politik- und Wirtschaftswissenschaften, anschließend machte er einen *Master in International Relations* und ein Diplom in Diplomatie an der Universität in Oxford. 1996 wurde er zum Hochkommissar in Fidschi sowie zugleich in Papua-Neuguinea sowie Samoa ernannt.

Sopoaga wurde nach dem Beitritt von Tuvalu zur UNO als 189. Mitglied am 5. September 2000 erster Botschafter und Ständiger Vertreter bei den Vereinten Nationen. Dieses Amt hatte er bis 2006 inne. Von 2005 bis 2006 war er Vorsit-

zender der *Allianz der kleinen Inselstaaten* (AOSIS).

(Flash d'Océanie 02.08, 05.08.13, Wikipedia)

Erfolgreiche Überprüfung

Tonga: Anfang Juni hat der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen das „Universelle Periodische Überprüfungsverfahren“ (UPR) des Königreiches Tonga angenommen. Die internationale Menschenrechtsorganisation *Amnesty International*, die zu Beginn des Jahres der tongaischen Regierung mehrere Vorschläge zur Verbesserung der Menschenrechtssituation gemacht hatte, zeigte sich einigermaßen zufrieden mit der Menschenrechtssituation in dem polynesischen Inselstaat. Amnesty bemängelte jedoch, dass Tonga sich nach wie vor weigere, die Todesstrafe abzuschaffen. Außerdem beklagt die Menschenrechtsorganisation die Lage von homosexuellen Menschen. Freiwilliger Geschlechtsverkehr zwischen gleichgeschlechtlichen Paaren ist in Tonga bei Strafe verboten.

Besonders hervor hob *Amnesty* jedoch die Anstrengungen des Staates, internationale Verträge nicht nur zu unterzeichnen, sondern auch zu ratifizieren. Das betrifft die Frauenrechtskonvention (CEDAW), den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und die Anti-Folter-Konvention.

Info: Seit 2007 überprüft der UN-Menschenrechtsrat in dem UPR-Verfahren anhand der UN-Charta, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sowie sämtlicher vom jeweiligen Staat ratifizierten UN-Menschenrechtsabkommen periodisch alle vier bis fünf Jahre die Menschenrechtssituation in allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen.

Der Überprüfung liegen drei Berichte zugrunde:

- ein eigener Bericht des Staates
- eine Zusammenstellung der Feststellungen der UN-Vertragsorgane, Sonderorganisationen und Sondermechanismen

des UN-Menschenrechtsrates zur Situation in dem Staat, erstellt vom UN-Hochkommissariat für Menschenrechte

- eine Zusammenfassung der Informationen von Nichtregierungsorganisationen, Nationalen Menschenrechtsinstitutionen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren, erstellt vom UN-Hochkommissariat für Menschenrechte.

Tonga wurde bereits 2008 einem UPR-Verfahren unterzogen.

(Pressemitteilung AI 06.06.13, Institut für Menschenrechte, <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G13/124/77/PDF/G1312477.pdf?OpenElement>)

Verfassungsänderung zugunsten der Frauen

Samoa: Am 22. Juni hat das Parlament von Samoa einstimmig eine Zusatzklausel zur Verfassung verabschiedet. Unter Jubelrufen und stehenden Ovationen beschlossen die 44 anwesenden Parlamentarier, fünf der 49 Parlamentssitze ab den nächsten Wahlen für Frauen zu reservieren. Sollten bei den Wahlen keine fünf Frauen gewählt werden, sollen die Kandidatinnen mit den meisten Stimmen automatisch ins Parlament nachrücken, das dann 54 Sitze hätte. Bei Nachwahlen im Falle des Ausscheidens eines männlichen Parlamentariers sollen Frauen bevorzugt ins Parlament gewählt werden. Allerdings dürfen nicht zwei Frauen aus dem gleichen Wahlbezirk gleichzeitig ins Parlament gewählt werden, es sei denn, die Frauenquote in Höhe von fünf Frauen sei nicht erfüllt.

Bei den letzten Wahlen 2012 wurden zwei Frauen ins Parlament gewählt. Die nächsten Wahlen finden 2017 statt. Das Mindestalter zur Teilnahme an den Wahlen beträgt 21 Jahre. Von den 49 Parlamentariern sind 47 Sitze den *matai* vorbehalten, zwei Sitze sind in Samoa lebenden Ausländern vorbehalten. Das Kabinett besteht aus 12 Ministern. Es gibt nur zwei Parteien, die *Human Rights Protection Party* und als Opposition die *Tautua Samoa Party*. (*Talamua*

22.06.13, *Flash d'Océanie* 24.06.13, CIA *World Factbook*)

Längere Schulzeiten

Samoa: Eltern in Samoa haben sich über die Ausweitung der Schulzeiten beschwert und bedauert, dass sie nicht befragt wurden. Mitte Juli hatte das Bildungsministerium beschlossen, die bis dato geltende Schulpflicht von 8 Uhr morgens bis 13:30 Uhr auszuweiten. Nun beginnt die Grundschule erst um 9 Uhr und endet dafür um 14 Uhr. Ab der fünften Klasse haben die Schüler eine Stunde zusätzlichen Unterricht. Die Schule beginnt für sie um 9 Uhr und endet dann statt wie bisher um 15 Uhr erst um 16 Uhr.

Ein Sprecher des Ministeriums für Bildung, Kultur und Sport erklärte, man habe sporadische Fragebögen an Eltern und Lehrer verteilt und die meisten hätten sich für eine Ausweitung der Schulstunden um 30 Minuten bzw. eine Stunde ausgesprochen. Als Grund für die Verlängerung des Schulunterrichts gab das Ministerium die Änderungen im Lehrplan an. Gemäß des Plans müssen nun sieben statt wie bisher fünf Kernfächer täglich unterrichtet werden. Da täglich 15 Minuten für Schüleraktivitäten wie Besprechungen und Feiern gebraucht würden und weitere 30 Minuten an Schulpausen wegfielen, reiche die verbleibende Zeit nicht aus, den Stoff durchzubringen. Samoanische Schüler müssten die gleiche Schulbildung erhalten wie Schüler anderswo und dafür müsse man eben auch mehr Zeit einplanen, räumte der Ministeriumssprecher die Bedenken einiger Eltern beiseite, ihre Kinder könnten dann nicht mehr in Haus und Hof helfen. Viele Eltern äußerten auch Sorge, dass die Kinder der höheren Jahrgangsstufen zeitgleich um 16 Uhr wie Arbeiter und Angestellte aushätten und sie dann im Verkehrschaos steckenblieben bzw. teilweise erst zum Anbruch der Dunkelheit gegen 18 Uhr zu Hause wären.

Laut Kabinettsbeschluss beginnen die neuen Schulzeiten mit dem

dritten Semester im Herbst dieses Jahres. (*Samoa Observer* 23.07., 25.07.13)

Erster Abschlussjahrgang

Samoa: Die ersten 13 Seeleute haben erfolgreich ihren Abschluss an der neuen *Samoa Shipping Maritime Academy* gemacht. Das Ausbildungszentrum in Apia ist mit finanzieller Unterstützung der Regierung von der *Samoa Shipping Coporation Ltd.* eingerichtet worden, um den Bedarf an qualifizierten Schiffingenieuren und Technikern im eigenen Land decken zu können. Die an der Akademie ausgebildeten Menschen erhalten eine Jobgarantie bei *Samoa Shipping Corporation*, wenn sie die halbjährliche Ausbildung an Bord eines Schiffes erfolgreich beenden.

Der erste Abschlussjahrgang bestand aus 13 Männern, die zuvor ein ingenieurwissenschaftliches Studium an der Universität in Apia abgeschlossen hatten. Bei der Vergabe der Zeugnisse sagte der samoanische Premierminister Tui-laepa Sa'ilele Malielegaoi, er könne sich vorstellen, dass auch Frauen die Zusatzausbildung an der Marine-Akademie absolvieren. Hier eröffneten sich ganz neue Berufschancen für junge Menschen. (*Samoa Observer* 23.08., 25.08.13)

Internationale Auszeichnung für Minister

Samoa: Der samoanische Minister für Bildung, Sport und Kultur, Magele Mauiliu Magele, ist mit dem Sonderpreis des Welterziehungskongresses (World Education Congress, WEC) ausgezeichnet worden. Er erhielt den Preis für seinen „herausragenden Beitrag zur Bildung“ im Rahmen des Zweiten Bildungskongresses vom 28. bis zum 29. Juni im indischen Mumbai. An dem Kongress nahmen Bildungsminister, Universitäts- und Schulrektoren sowie pädagogisches Fachpersonal aus verschiedenen Staaten teil. Der

Kongress stand unter dem Motto “Teaching and Learning for Meaning in a Globalized World”.

In seinem Vortrag zum Thema „To encourage collaboration and partnership among institutions: A sector wide approach to education“ ging Magele auf die Verbesserungen im samoanischen Bildungswesen in den letzten Jahren ein. So berichtete er von den erfolgreichen Initiativen seines Ministeriums, die Qualität des Bildungsniveaus anzuheben und den Menschen ein umfangreiches Paket an Bildungsabschlüssen anzubieten. (<http://worldeducationcongress.com>, *Samoa Observer* 06.07.13)

50 Jahre StarKist

US-Samoa: Der Gouverneur von Amerikanisch-Samoa, Lolo Matalasi Moliga, hat anlässlich des fünfzigsten Jubiläums der Thunfischkonservenfabrik *StarKist Foods* den 17. August 2013 zu einem „StarKist Samoa Day“ und damit zu einem arbeits- und schulfreien Feiertag erklärt. Am 17. August 1963 hatte die in Pittsburgh (USA) ansässige Firma H. J. Heinz die Fabrikanlage in der Hauptstadt Pago Pago eröffnet. 2002 war StarKist von dem Lebensmittelkonzern *Del Monte Foods* aufgekauft worden. Seit 2008 gehört die Anlage dem südkoreanischen Unternehmen *Dongwong Industries*.

StarKist-Geschäftsführer Brett B. Butler hatte die gesamte Wirtschafts- und Politikwelt zur Jubiläumsfeier auf das Gelände von StarKist geladen. Gouverneur Moliga betonte in seiner Ansprache die wirtschaftliche Bedeutung dieser weltweit größten Thunfisch verarbeitenden Anlage. Zwischen 14 % und 18 % aller arbeitsfähigen Bewohner von Amerikanisch-Samoa sind in der Fabrik beschäftigt. Das sind 2.000 Personen. Jährlich zahlt der Konzern 20 Millionen US-Dollar an Gehältern. In den letzten 50 Jahren waren insgesamt 32.000 Samoaner bei StarKist beschäftigt.

Nach Angaben der Firmenleitung verlassen jährlich 6.000 Schiffscontainer mit Thunfischprodukten den Hafen von Pago Pago in Richtung Amerika und weitere 500 Container werden nach Australien und Südostasien verschifft.

Gouverneur Moliga betonte die Bedeutung von StarKist für die lokalen Energieversorger. So bezahlt der Konzern jährlich etwa 7,5 Millionen US-Dollar an die samoanischen Elektrizitätswerke, bezieht fossile Treibstoffe im Gesamtwert von 5,6 Millionen US-Dollar sowie Trinkwasser im Wert von 1,6 Millionen US-Dollar.

Besonders lobte der Gouverneur auch das karitative Engagement von StarKist. So werden etliche private Schulen finanziell unterstützt. Zur Feier des Jubiläums spendete der Konzern zudem 15.000 US-Dollar an die Kinderkardiologie des Krankenhauses im Rahmen der Aktion „Aus Eins mach Zwei“: Alle 59.000 Bewohner der Insel waren aufgerufen, einen Dollar an das Krankenhaus zu spenden, der dann von der Konzernleitung verdoppelt wurde. (*Radio NZ. Intern.* 29.07.13, *The Samoa News* 03.08.13)

FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI (OSTERINSEL)

[Die Artikel in dieser Rubrik und in der Rubrik Hawai'i stammen von Pazifik-Netzwerkmittglied Lorenz Gonschor, Honolulu.]

Präsident des „Parlaments“ wiedergewählt

Rapa Nui (Osterinsel): Leviante Araki, der Präsident des „Rapanui-Parlaments“, das den für die Entkolonisierung eintretenden Teil der Bevölkerung von Rapa Nui vertritt (mutmaßlich eine knappe Mehrheit der Einheimischen), aber von Chile nicht als legitime Volksvertretung anerkannt wird, wurde am 4. August mit einer deutlichen Mehrheit wiedergewählt. Araki, der dem Parlament seit 2007 vorsitzt, erhielt 250 der 318 abgege-

benen Stimmen (78,6 %), sein Herausforderer Petero Cardinali erzielte 68 Stimmen (21,4 %).

Die Wahl stellt eine wichtige Innovation dar, da sie in der staatlichen Schule der Insel (d.h. unter faktischer Duldung der chilenischen Regierung) durchgeführt wurde und den Kriterien einer allgemeinen demokratischen Wahl entsprach (geheime Stimmabgabe in Wahlkabinen, öffentliche Auszählung der Stimmzettel), was von internationalen Beobachtern aus Argentinien, Frankreich und den USA sowie mehreren chilenischen Anwälten bezeugt wurde. Bisher waren Präsidenten des Parlaments, ähnlich wie zuvor des Ältestenrates, aus dem das Parlament um die Jahrtausendwende hervorgegangen war, nicht direkt von der Bevölkerung, sondern von Mitgliedern des Parlaments (die selbst nicht vom Volk gewählt werden, sondern von den etwa 40 auf der Insel lebenden Familien ernannt werden) in einer offenen Abstimmung gewählt worden.

Die konkurrierende, pro-chilenische und von der chilenischen Regierung anerkannte Fraktion des Ältestenrates hält dagegen überhaupt keine Wahlen ab, sondern deren Präsident Alberto Hotus beansprucht sein Amt auf Lebenszeit.

Durch die nun stattfindende allgemeine Volkswahl des Präsidenten wird somit die demokratische Legitimation des „Parlaments“ und insbesondere des vom Präsidenten geleiteten Exekutivkabinetts deutlich verbessert. Dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass Araki in den letzten zwölf Monaten bedeutende internationale Erfolge erzielen konnte, so z.B. als eine von ihm geführte Delegation des „Parlaments“ im August letzten Jahres einen provisorischen Beobachterstatus in der neu gegründeten *Polynesian Leaders Group* erhielt und das „Parlament“ im März als Gründungsmitglied der *Polynesian Parliamentary Group* von den nationalen Parlamenten der polynesischen Inselstaaten (Samoa, Tonga, Tuvalu, Cook-Inseln und Niue) sowie den Territorialparlamenten der teilautono-

men Territorien Polynesiens (Frz.-Polynesien, Amerikanisch-Samoa und Wallis & Futuna) als ihnen ebenbürtige Volksvertretung anerkannt wurde.

Nach seiner Wiederwahl leistete Araki im Zuge einer festlichen Amtseinführungszereemonie seinen Amtseid provokativ auf dem Platz vor dem Amt der von Chile ernannten Gouverneurin ab und ernannte die neuen Mitglieder seines Kabinetts, unter denen sich auch sein unterlegener Wahlkonkurrent Cardinali befindet. (*El Correo del Moai; Pacific Islands Report*)

HAWAI'I

Nationalfeiertag erstmals von Stadtverwaltung unterstützt

Am 31. Juli, einem der beiden Nationalfeiertage des Hawaiischen Königreichs, fand dieses Jahr erstmals seit mehr als hundert Jahren wieder eine offizielle, von der Stadtverwaltung Honolulu gesponserte, Feier statt. Als *Lā Ho'ihoni'ea* (Tag der Rückgabe der Souveränität) dient der Tag zum Gedenken an die sechsmonatige illegale britische Besatzung des Königreichs, die an diesem Tag im Jahre 1843 beendet wurde.

Im Februar jenes Jahres hatte ein britischer Offizier Hawai'i willkürlich zur britischen Kolonie erklärt, ohne allerdings von London dazu beauftragt worden zu sein. Nach Protesten der Hawaiischen Regierung entsandte die britische Marine daraufhin Konteradmiral Richard Thomas, der Ende Juli in Honolulu eintraf und in einer feierlichen Zeremonie auf einer Wiese vor den Toren der Stadt die britische Flagge einholte und die hawaiische Flagge wieder hisste. Nach einem darauffolgenden Dankgottesdienst sprach König Kamehameha III auf den Treppentufen vor dem Portal der *Kawaiaha'o*-Kirche die Worte „*Ua Mau ke Ea o ka 'Āina i ka Pono*“ (Die Souveränität des Landes ist durch Gerechtigkeit gesichert), die

seitdem als Wahlspruch das Wappen Hawai'is zieren.

Zur Erinnerung an die völkerrechtliche Sicherung der Unabhängigkeit gegen Willkürhandlungen einzelner Kolonialisten wurde der 31. Juli in Folge jedes Jahr mit großem Pomp auf dem Schauplatz der Flaggenhissung, der zu Ehren des Protagonisten „Thomas Square“ genannt wurde, gefeiert. Als 1893 in ähnlicher Weise amerikanische Truppen ohne klare Befehle aus Washington in Hawai'i einmarschierten, sahen die meisten Hawaier dies als Wiederholung der Affäre von 1893 und setzten darauf, dass die Vereinigten Staaten ebenso die Untaten ihrer Untergebenen korrigieren und die Unabhängigkeit wiederherstellen würden, was allerdings bislang nicht geschah, so dass die Menschen von Hawai'i mittlerweile 120 Jahre darauf warten, dass die USA endlich das tut, wofür Großbritannien seinerzeit nur sechs Monate brauchte.

Aufgrund dieser deutlichen politischen Bedeutung verbot es das amerikanische Besatzungsregime nach 1893, den 31. Juli zu feiern, und im Laufe des 20. Jahrhunderts geriet der Feiertag allmählich in Vergessenheit. In den 1970er Jahren begannen allerdings kleinere Gruppen hawaiischer Aktivisten, den Feiertag wiederzubeleben, und seitdem fand jedes Jahr auf dem Thomas Square eine Zeremonie von Aktivisten statt, bei der die amerikanische Flagge eingeholt und die hawaiische gehisst wird, um die USA daran zu gemahnen, endlich dem britischen Präzedenzfall zu folgen.

Neben der tradierten Protestveranstaltung organisierte dieses Jahr allerdings die Stadtverwaltung von Honolulu unter Federführung von Bürgermeister Kirk Caldwell erstmals seit 120 Jahren wieder eine offizielle Gedenkfeier, auf der die Einholung der britischen und die Hissung der hawaiischen Flagge von historisch kostümierten Schauspielern nachszeniert wurde. Ein Bezug zur gegenwärtigen amerikanischen Be-

satzung des Archipels wurde dagegen nicht hergestellt. Mehrere hawaiische Aktivisten verurteilten daher die Feier des Bürgermeistertags als Versuch, den Nationalfeiertag zu vereinnahmen und durch dessen Beschränkung auf rein historische Ereignisse von der ungeklärten Frage des heutigen politischen Status Hawaiis abzulenken. Andere Beobachter meinten dagegen, die Stadtverwaltung beginne damit endlich, sich konstruktiv mit der Geschichte Hawaiis auseinanderzusetzen, was der Aufklärung der Bevölkerung nur dienlich sei und damit langfristig zur Beendigung der US-Okkupation des Archipels beitragen werde. (*Honolulu Star-Bulletin, The Hawai'i Independent, eigene Recherchen*)

Letzte Königin gewürdigt

Die Regierung des US-Bundesstaats unter Leitung des Gouverneurs Neil Abercrombie und unter Mitwirkung seines Vorvorgängers John Waihe'e (Amtszeit 1986-1994) hat Hawaiis letzte Königin Lili'uokalani (1838-1917) an ihrem Geburtstag am 2. September in eindrücklicher Weise gewürdigt. An der vor mehreren Jahrzehnten errichteten Statue der Königin in der Altstadt von Honolulu enthüllten Abercrombie und Waihe'e eine Plakette, auf der vermerkt ist, dass Lili'uokalani 1891 Königin wurde und 1917 starb. Am Fundament der Statue, auf dem bislang „1891-1893“ als Regierungsdaten angegeben waren, wird zukünftig „Queen of Hawaii 1891-1917“ zu lesen sein.

Mit dieser Änderung wird klar ausgedrückt, dass die US-Invasion von 1893, die zum faktischen Sturz der Königin führte, Lili'uokalanis Herrschaft nicht offiziell zum Ende brachte, was insofern den Tatsachen entspricht, als dass weder sie selbst noch die Mehrheit der hawaiischen Bevölkerung jemals die Rechtmäßigkeit des Umsturzes von 1893 anerkannten. So bezeichnet sich Lili'uokalani beispielsweise in ihrer 1898 publizierten Autobiographie mit dem treffenden Titel „Hawaii's

Story by Hawaii's Queen“ nach wie vor als Königin von Hawai'i.

Ähnlich wie im Fall der Stadtverwaltung Honolulu zum Nationalfeiertag einen Monat zuvor hat somit die Regierung des illegitimen, aber faktisch herrschenden, US-Bundesstaates Hawai'i dazu beigetragen, der jahrzehntelangen Propaganda zur Vertuschung des Unrechts der US-Besatzung entgegenzuwirken, ohne dabei zu bemerken, dass sie sich damit den Schein der eigenen Legitimität untergräbt. (*Eigene Beobachtung der Veranstaltung*)

Office of Hawaiian Affairs erhält Beobachterstatus in der PLG

Beim dritten Jahrestreffen der 2011 als polynesisches Pendant zur *Melanesian Spearhead Group* gegründeten *Polynesian Leaders Group* (PLG) am 30. August in Auckland (Neuseeland) war mit Kamana'opono Crabbe zum ersten Mal ein Vertreter Hawaiis als Beobachter anwesend. Crabbe ist der Exekutivchef des *Office of Hawaiian Affairs* (OHA), einer Behörde des US-Bundesstaates Hawai'i, die sich um die Anliegen der hawaiischen Ureinwohner kümmern soll. Entsprechend ihrer Satzung ist die PLG neben ihren neun Gründungsmitgliedern (den voll souveränen Staaten Samoa, Tonga und Tuvalu, den assoziierten Staaten Cook-Inseln und Niue und den teilautonomen Territorien Frz.-Polynesien, Wallis & Futuna, Amerikanisch-Samoa und Tokelau) bereit, anderen polynesischen „Staaten, Territorien oder Indigenen Gruppen“ Mitgliedschaft oder Beobachterstatus zu gewähren. Von diesem Recht hatten bisher das „Rapanui-Parlament“ als Vertreter der Bevölkerung der Osterinsel sowie ein Dachverband verschiedener Iwi (Stammesgruppen) der Maori Neuseelands Gebrauch gemacht. Durch die Teilnahme von OHA sind nun auch die Ureinwohner Hawaiis in der PLG vertreten. Allerdings ist OHA unter den Hawaiianern selbst höchst umstritten, denn

als Organ der Regierung des US-Bundesstaats ist OHA im Endeffekt ein verlängerter Arm der US-Besatzer und keine unabhängige Interessensvertretung der einheimischen Bevölkerung Hawaiis (wie es beispielsweise das Rapanui-Parlament für die Rapanui ist). (*Tahiti-Infos*)

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Weitere Beteiligung an RAMSI

Auch im zehnten Jahr der Teilnahme an der *Regional Assistance Mission to the Solomon Islands* (RAMSI) plant die neuseeländische Regierung keinen Truppenabzug aus den Salomonen. Das sagte Premierminister John Key anlässlich der Feierlichkeiten zum zehnten Jubiläum der Unterstützung. Zugleich unterzeichnete er einen weiteren Vierjahresvertrag mit der Regierung der Salomonen. Derzeit leisten 17 neuseeländische Polizisten ihren Dienst in Honiara. Sie sind vor allem in der Ausbildung der einheimischen Polizeikräfte engagiert.

Andere pazifische Staaten haben ihre Truppen bereits abgezogen, die RAMSI bleibt nur noch in Form einer Unterstützung und Ausbildung der *Royal Solomon Islands Police Force* erhalten.

(<http://www.ramsi.org/ramsis-future/transition.html>, *Radio NZ. Intern.* 24.07.13)

Partnerschaftsabkommen erneuert

Hamburg und die größte Stadt Neuseelands, Auckland, werden auch in Zukunft eng zusammenarbeiten. Am 10. Juni unterzeichneten Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz und der Bürgermeister von Auckland, Len Brown, im Rahmen einer Videokonferenz im Generalkonsulat Neuseelands in Hamburg die dritte Vereinbarung über die Zusammenarbeit (Memorandum of Understanding), in dem die Koopera-

tionsfelder der nächsten drei Jahre festgelegt sind. Der neuseeländische Botschafter aus Berlin, Peter Rider, und der Generalkonsul Neuseelands in Hamburg, Marcus Scolière, nahmen an der feierlichen Zeremonie teil.

Hamburg und Auckland arbeiten bereits seit 2007 eng zusammen. Hauptsächlich streben beide Städte einen kontinuierlichen Informations- und Erfahrungsaustausch an. Ähnlich wie in Hamburg ist in Auckland der Hafen der größte Wirtschaftsmotor. Von Hamburgs Erfahrungen mit dem Ausbau der HafenCity profitiert das maritime Stadtentwicklungsprojekt „Auckland Waterfront Vision 2040“. Beide Städte verfügen darüber hinaus über enge Handelsbeziehungen zu China. Im Jahr 2010 ist es Neuseeland gelungen, als erste westliche Industrienation ein Freihandelsabkommen mit China zu unterzeichnen. In Hamburg ist Neuseeland seit dem Jahr 2007 regelmäßig vertreten, etwa durch die Präsenz neuseeländischer Firmen auf großen internationalen Messen in Hamburg. In den letzten Jahren besuchten auch hochrangige Politiker, wie der Premierminister und der stellvertretende Premierminister, die Hansestadt.

Eine besondere Beziehung zwischen Hamburg und Neuseeland stellt das „Rauru-Haus“ dar. Es ist eines der wenigen Maori-Häuser außerhalb von Neuseeland. Solche Versammlungshäuser haben einen großen Stellenwert im Leben der Maori. Seit mehr als 100 Jahren lädt das „Rauru-Haus“ im Hamburger Völkerkundemuseum die Besucher ein, in die Welt der Maori einzutauchen. (*Newsletter of the Germany Embassy Juli 2013, <http://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/4004676/2013-06-10-pr-auckland-und-hamburg2.html>*)

Pflege des Reo Maori

Anfang August hat die Regierung von Neuseeland die „Cook Islands Language Week“ ausgerufen. Eine Woche lang sollte auf das Reo Maori (auch: Rarotonganisch), die

Sprache der Cook-Inseln, besonders aufmerksam gemacht werden. In Neuseeland lebt die größte Gemeinde von Cook Islands Maori außerhalb der Insel, denn diese steht als politisch unabhängiger Staat in freier Assoziation zu Neuseeland. Auf den Cook-Inseln leben derzeit noch rund 15.000 Menschen, in Neuseeland dafür um die 58.000. Trotzdem gilt Rarotonganisch als vom Aussterben bedrohte Sprache, denn die in Neuseeland lebenden Maori sprechen bevorzugt Englisch. Um schon Kleinkinder an das Rarotonganische zu gewöhnen, gibt es in Neuseeland spezielle Kindergärten und Vorschulen, in denen ganztags nur Rarotonganisch gesprochen wird.

Anlässlich der Sprachwoche beklagte Bridget Kauraka, die Leiterin eines „Early Childhood Education Centre“ in Wellington, dass die Sprachkenntnisse der Kinder mit der Einschulung in die Grundschule rasch verkümmerten. Es fehle an Sprachunterricht für ältere Kinder und Erwachsene. Die Ministerin für Bildung und pazifische Angelegenheiten, Hekia Parata, erklärte, einige Schulen böten Unterricht in diversen pazifischen Sprachen an. Dies richte sich nach der Nachfrage der entsprechenden Sprachgruppe und vor allem nach dem Angebot an muttersprachlichen Lehrern. Man könne unmöglich alle Sprachen von Einwanderern in neuseeländischen Schulen unterrichten, erklärte Parata. Es sei wichtig, dass die Pazifikinsulaner ihre Sprache zu Hause in der Familie und bei Treffen mit Anderen sprächen, um sie zu bewahren, sagte die Ministerin weiter.

Info: Das Rarotonganisch wird auf den Cookinseln, in Neuseeland und von wenigen Menschen auch in Französisch-Polynesien gesprochen. Die zur austronesischen Sprachfamilie gehörende ost-malayo-polynesisische Sprache hat weniger als 20.000 Sprecher und ist deshalb vom Aussterben bedroht. (*Radio NZ. Intern. 06.08.13, Email Prof. Dr. G. Senft 12.08.13, <http://www.teara.govt.nz/en/cook-islanders>, <http://www.mfat.govt.nz/Countries/Pacific/Cook-Islands.php>*)

Beliebtes Urlaubsziel

Die Cook-Inseln sind zum beliebtesten südpazifischen Reiseziel avanciert. Bereits im zweiten Jahr in Folge reisten mehr Neuseeländer auf die Cook-Inseln als nach Fidschi. Allein bis Mai 2013 wurden 56.000 Touristen auf den Cook-Inseln gezählt, in Fidschi wurden im gleichen Zeitraum nur 45.000 vermerkt. Der Geschäftsführer des *Flight Centre New Zealand*, Michael Friend, sagte, die Neuseeländer seine traditionell schon immer nach Fidschi in den Urlaub geflogen und dieses Reiseziel sei nun überholt. Die Touristen hätten Lust auf etwas Neues und mit den Sandstränden in der Lagune von Aitutaki könne kein anderes pazifisches Reiseziel mithalten.

Nach Angaben von Friend hat die fidschianische Fremdenverkehrsbehörde *Fiji Tourism* eine große Werbekampagne gestartet, um wieder mehr Neuseeländer ins Land zu locken. Nicht zu unterschätzen sei auch die Tatsache, dass die Cook-Inseln in freier Assoziation zu Neuseeland stünden, es gäbe keine Einreiseformalitäten und es müsste auch keine Fremdwährung eingetauscht werden, erläuterte Friend. (*Radio NZ. Intern. 29.07.13*)

INDONESIEN WESTPAPUA

ICP veröffentlicht Menschenrechtsbericht

Deutschland: Die *International Coalition for Papua - Human Rights and Peace in Papua* (ICP, früher: Faith-based Network on Papua) und der katholische Orden *Fransiscans International* haben im Juni den dritten englischsprachigen Bericht zur Menschenrechtslage in West-Papua veröffentlicht.

Als Mitglied der ICP war das West Papua Netzwerk bei der Vereinten Evangelischen Mission in Wup-

pertal maßgeblich an der Erstellung des auch in indonesischer Sprache vorliegenden Berichtes beteiligt.

Der 92-seitige Bericht „Human Rights in West Papua 2013“ dokumentiert detailliert Menschenrechtsverletzungen zwischen Oktober 2011 und Mai 2013 und stellt Hintergrundanalysen zur zivilgesellschaftlichen Situation in Papua vor. 17 Fälle von außergerichtlichen Tötungen in West-Papua wurden für den Bericht ausgewählt und näher beschrieben. Durch Gewalt von Sicherheitskräften kam es zu weiteren Rechtsverletzungen, die durch die Behörden nicht hinreichend geahndet wurden. Der Bericht nennt auch folgende Kernprobleme für die indonesische Provinz: Fehlende unabhängige und unparteiische Militärgerichtsbarkeit, Korruption in der Justiz sowie den fehlenden Zugang für unabhängige Berichtersteller.

Der Bericht gibt abschließend weitreichende Empfehlungen für Reformen und Politikwandel, damit die Menschenrechte und besonders die Rechte der indigenen Papua in Zukunft besser geschützt werden.

Hier geht es zur elektronischen Version des Berichtes:
<http://www.humanrightspapua.org/images/docs/HumanRightsPapua2013-ICP.pdf>

Ferrostaal plant Beteiligung an Petrochemiewerk

West-Papua: Im Bezirk Teluk Bintuni in der Bintuni-Bucht soll ab 2019 ein vier Milliarden US-Dollar teurer Petrochemieanlagenkomplex für die Gewinnung von Methanol, Propylen und Polypropylen aus Erdgas in Betrieb gehen. Es soll aus unterseeischen Gasvorkommen Industriegrundstoffe gewinnen, um Indonesien unabhängiger vom Import dieser Stoffe zu machen. Neben der staatlichen indonesischen Firma *PT Chandra Asri* will sich auch die deutsche *Ferrostaal GmbH* bei einem zwei

Milliarden US-Dollar schweren Teilprojekt an dem Mega-Petrochemiewerk beteiligen. Ferrostaal soll für den Aufbau einer Anlage zur jährlichen Gewinnung von 400.000 Tonnen Polypropylen und 175.000 Tonnen Ethylen zuständig sein. In Indonesien sollen diese Stoffe primär in der Plastikindustrie für die Herstellung von beispielsweise Behältern, aber zunehmend auch in der Automobil- und Möbelindustrie verwendet werden.

Hintergrund: Im Rahmen des Staatsbesuches des indonesischen Präsidenten im März des Jahres kam es zu einem Treffen zwischen Susilo Bambang Yudhoyono und Dr. Klaus Lesker, Geschäftsführer der Ferrostaal GmbH. Im Vorfeld dieses Treffens hatte Ferrostaal mit dem indonesischen Industrieministerium einen so genannten *Letter of Intent* über eine Kooperation für die Entwicklung eines Downstream-Petrochemie-Investitionsprojekts in der Region West Papua in Indonesien unterzeichnet.

Gemäß des *Letters of Intent* stehen in den nächsten Monaten die Zuteilung der prinzipiellen Gasvorsorgung aus lokalen Rohstoffvorkommen sowie die Zuteilung von Bauland innerhalb eines vom Industrieministeriums geplanten Industrieparks in Teluk Bintuni aus.

Das Projekt unterstützt nach Angaben des Pressereferats von Ferrostaal die Umsetzung eines Masterplans der Republik Indonesien (MP3EI), das bis zum Jahr 2030 eine nachhaltige Industrialisierung zur Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere im Osten Indonesiens, vorsieht. Indonesien profitiert vor allem von der alternativen Technologie für die Polypropylenherstellung. Für die Produktion wird ausschließlich heimisches Erdgas aus den Rohstoffvorkommen in West-Papua verwendet, die das Potenzial haben, den Anlagenkomplex für mindestens 25 Jahre zu versorgen. Die Gasfelder und die Anlagen zur Gasverflüssigung befinden sich in Tangguh, unmittelbar

neben der Bintuni-Bucht.

Info: Ferrostaal ist ein weltweit tätiger Anbieter von Industriedienstleistungen im Anlagen- und Maschinenbau. Als technologieunabhängiger Systemintegrator bietet das Unternehmen Entwicklung und Management von Projekten, Finanzierungskonzepte und Bauausführung für schlüsselfertige Anlagen in den Bereichen Petrochemicals, Power, Renewables, Oil & Gas und Special Projects. (*The Jakarta Post* 26.07.13, *E-Info West Papua Netzwerk* 30.07.13, <http://www.ferrostaal.com>)

Neues Büro in Den Haag

Niederlande: Die *Free West Papua Campaign* hat am 15. August im niederländischen Den Haag eine Koordinierungsstelle eröffnet. Büroleiter ist der in den Niederlanden im Exil lebende Papua Oridek Ap. Er wählte den 51. Jahrestag des „New York Agreement“, bei dem am 15.8.1962 Hollandisch-Neuguinea offiziell an Indonesien übergeben wurde, als symbolträchtigen Tag für die Eröffnung der Informationsstelle. Ap sagte, er sähe seine vornehmliche Aufgabe darin, die jungen Niederländer über die gemeinsame holländisch-papuanische Geschichte aufzuklären.

Oridek Ap ist der Sohn des von indonesischen Militärs am 26. April 1984 ermordeten Musikers und Ethnologen Arnold Ap. Nach der Ermordung seines Vaters ging die Familie ins niederländische Exil. Heute leitet Ap selber eine bekannte Musik- und Tanzgruppe.

An der feierlichen Eröffnung des Büros nahm auch der westpapuanische Unabhängigkeitsaktivist Benny Wenda, Leiter der *Free West Papua Campaign*, teil. Er rief die verschiedenen Organisationen, die sich weltweit für ein selbstbestimmtes Papua einsetzen, zur konstruktiven Zusammenarbeit auf.

Info: Die *Free West Papua Campaign* wurde 2004 im britischen Oxford gegründet. Die Nichtregie-

rungsorganisation setzt sich für die politische Unabhängigkeit von Papua ein. Sie betreibt noch zwei weitere Informationsstellen, eine in Oxford (England) und eine in der neuguineischen Hauptstadt Port Moresby. In beiden Büros arbeiten Exil-Papuas. Die überkonfessionelle und überparteiliche Organisation arbeitet rein auf Spendenbasis. Sie hat sich dem gewaltfreien Widerstand gegen die indonesische Regierung verschrieben. (Radio NZ. Intern. 19.08.13, <http://freewestpapua.org/2013/08/16/free-west-papua-campaign-office-opened-in-the-netherlands/>)

Ehrung für katholischen Priester

West-Papua: Der katholische Priester Dr. Neles Tebay ist mit dem mit 10.000 Dollar dotierten südkoreanischen *Tji Hak-soon Preis für Gerechtigkeit und Frieden* ausgezeichnet worden. Der 49-jährige Geistliche setzt sich seit Jahren für die Verständigung zwischen Indonesien und lokalen Unabhängigkeitsbewegungen in West-Papua ein. Er entwickelte dazu in Zusammenarbeit mit anderen religiösen Führern ein Konzept namens „Papua - Land of Peace“, in dem er auf den Dialog zwischen Indonesien und West-Papua, und nicht auf gewaltsame Auseinandersetzungen setzt.

Tebay studierte Philosophie und Theologie und promovierte an der Päpstlichen Universität Urbania in Rom über den Einsatz der Kirche bei der Förderung und Verteidigung der Menschenrechte. Im Jahr 2005 und 2006 wurde er vom Missionswissenschaftlichen Institut von *missio Aachen* mit einem Promotionsstipendium unterstützt.

Bei seiner Priesterweihe 1992 in der Diözese Jayapura gab sich Tebay den traditionellen Namen „Kebadabi“, auf Deutsch: Der, der den Weg ebnet.

Derzeit arbeitet Tebay in der Diözese Jayapura (West-Papua) als Direktor der Hochschule *Fajar Timur* für Theologie und Philosophie. Außerdem engagiert er sich

ehrenamtlich als Koordinator des *Papua Peace Network*. Er ist Mitglied der theologischen Kommission der katholischen Priesterkonferenz in Indonesien (KWI), des Beratungsforums für Religiöse Führer (FKPPA), des Forums für religiöse Eintracht (FKUB) und der Vereinigung der Kirchen in Papua (PGGP), die regelmäßig Menschenrechtsverletzungen an der Bevölkerung in West-Papua durch die indonesische Armee dokumentiert.

(<http://www.international.ucla.edu/cseas/humanrights/pdf/Tebay-Bio.pdf>, http://www.faithbasednetworkonwestpapua.org/papua_land_of_peace, <http://www.missiohilft.de/de/angebote/presse/pressemeldungenn/94845-friedenspreis-fuer-den-priester-neles-tebay-aus-west-papua.html>)

AUSTRALIEN

Weltweite Proteste gegen Pacific Solution

Die Entscheidung der australischen Regierung, Asylsuchende künftig längerfristig in Flüchtlingslagern auf pazifischen Inseln zu inhaftieren bzw. sie nach einem positiven Entscheid über ihren Status auch dort anzusiedeln, hat weltweit zu Protesten und Empörung geführt. Ab sofort sollen alle Bootsflüchtlinge, deren Flüchtlingsstatus anerkannt wird, dauerhaft in Papua-Neuguinea bleiben, sie dürfen trotz positivem Bescheid nicht nach Australien einreisen. Wer in Papua-Neuguinea kein Asyl bekommt, muss entweder zurück in die Heimat oder kann in einen Drittstaat abgeschoben werden.

Premierminister Kevin Rudd hatte bei einer Pressekonferenz am 19. Juli wörtlich erklärt, Australien habe „die Nase voll von den Asylsuchenden, die vor der Nordwestküste mit ihren kleinen Flüchtlingsbooten kentern und ertrinken“. Rudd sagte weiter, ab sofort würden alle illegalen Flüchtlinge ausnahmslos entweder im Aufnahmelager auf der neuguineischen Insel Manus oder in Nauru

inhaftiert. Kein Bootsflüchtling soll mehr australischen Boden betreten können, bestätigte Rudd: „Egal, wo an der Küste Australiens die Flüchtlinge ankommen, sie werden nicht in Australien aufgenommen, das ist unser Prinzip, unsere unerschütterliche Position.“

Dieses Procedere müsse allen Asylsuchenden verdeutlichen, dass es keinen Sinn mache, sich auf dem Seeweg nach Australien schmuggeln zu wollen, weil ausnahmslos jeder wieder abgeschoben werde.

Allein in diesem Jahr setzten 15.000 Flüchtlinge, ein Drittel von ihnen aus dem Iran, nach Australien über. Die illegalen Bootsflüchtlinge müssen oft viel Geld an Schlepperbanden bezahlen und werden dann in hochseeuntauglichen Booten von Indonesien auf die weite Fahrt zur australischen Weihnachtsinsel geschickt. Immer wieder kommt es durch schwere Stürme und Unwetter zu Bootsunglücken mit vielen Toten vor der Nordwestküste des Kontinents.

Trotz internationaler Proteste hält die Regierung im Wahlkampfjahr an der Verschärfung ihrer Asylpolitik fest und hat bereits ein weiteres Abkommen mit Nauru unterzeichnet. Das *Memorandum of Understanding* wurde vom australischen Premierminister Kevin Rudd und dem Präsidenten von Nauru, Baron Waqa, Anfang August unterzeichnet. Im Austausch für 30 Millionen AUS-Dollar Wirtschaftshilfe verpflichtet sich Nauru darin, ein drittes Flüchtlingscamp auf der ehemaligen Phosphatinsel aufzubauen. Bei der Unterzeichnung stellte Naurus Präsident jedoch klar, dass Nauru kein Interesse daran habe, Flüchtlinge anzusiedeln. Es müsse ganz klar sein, dass der Aufenthalt im Lager nur eine kurzfristige Lösung sei. Der karge Inselstaat mit seinen rund 9.400 Bewohnern könne nicht noch mehr Menschen versorgen, sagte Waqa. Im Juli hatte es Krawalle in den beiden Camps auf Nauru gegeben. 80 % der Gebäude wurden in Brand gesteckt, darunter eine Klinik und eine Kantine. 15 Wachleute wurden verletzt. Der Schaden beläuft sich auf

rund 41 Millionen Euro. Die Polizei nahm 152 Randalierer fest, 300 Flüchtlinge sollen geflohen sein. Auch Insassen eines Flüchtlingslagers müssten sich an Gesetze halten, kommentierte der australische Immigrationsminister Tony Burke.

Der Lageraufstand geschah in Folge von Kevin Rudds Verschärfung der Asylgesetze. Die rund 550 auf Nauru inhaftierten Menschen wollten die Öffentlichkeit auf die katastrophalen hygienischen und versorgungstechnischen Zustände im Camp hinweisen und bei der australischen Regierung durchsetzen, dass ihre Asylanträge zügig und korrekt abgearbeitet werden. Einige Einwohner von Nauru äußerten gegenüber australischen Medien jedoch, dass die Asylbewerber in weitaus komfortableren Behausungen untergebracht seien als sie selber und dass sie auch besser mit Nahrungsmitteln versorgt würden.

Hintergrund: Am 31. Juli überstellten die australischen Behörden etwa 40 Asylsuchende von der Weihnachtsinsel in ein regionales Zentrum für Asylverfahren auf Manus. Mehreren hundert Asylsuchenden, die in den vergangenen Wochen auf dem Seeweg nach Australien gekommen sind, droht vermutlich dasselbe Schicksal. Bereits unter einer früheren Vereinbarung mit Manus waren mehr als 200 Asylsuchende dort festgehalten worden. Die neuen Maßnahmen sehen vor, auf Manus inhaftierte Asylsuchende automatisch auf unbefristete Zeit festzuhalten, ohne dass die Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit einer solchen Haft in Einzelfällen geprüft wird und ohne die Asylsuchenden umgehend einer richterlichen oder anderen unabhängigen Instanz vorzuführen. Angesichts dieser Umstände ist die internationale Menschenrechtsorganisation *Amnesty International* der Ansicht, dass die geplante Zwangsüberstellung hunderter Asylsuchender in Hafteinrichtungen auf Manus, um dort wie angegeben ihre Asylanträge zu bearbeiten, der Zurückweisung

("refoulement") gleichkommen würde. Australien würde damit gegen seine Verpflichtungen aus dem internationalen Flüchtlingsrecht und den internationalen Menschenrechtsnormen verstoßen. Auch Papua-Neuguinea verstößt durch seine willkürliche Inhaftierung von Asylsuchenden gegen das internationale Flüchtlingsrecht und internationale Menschenrechtsnormen.

Am 12. Juli bezeichnete der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge (UNHCR) die Internierung von Asylsuchenden auf der Insel Manus als „willkürlich“ und damit als nicht mit internationalen Menschenrechtsnormen vereinbar. Der UNHCR drückte außerdem große Sorge darüber aus, wie die Asylsuchenden in der Hafteinrichtung aufgenommen und behandelt werden. Seiner Ansicht nach herrschen dort sehr schlechte Bedingungen, die internationalen Standards nicht gerecht werden. Weiter hieß es, alle Asylsuchenden auf Manus seien eindeutig verängstigt und depressiv, und die brisante Situation könne leicht zu erheblichen Spannungen oder selbstverletzendem Verhalten führen, da die Asylsuchenden sich zunehmend unter Druck gesetzt, unsicher und hilflos fühlten.

Die australische Regierung hat bisher noch nicht ausgeführt, wie sie die Bedingungen der Aufnahmeeinrichtung in Manus zu verbessern gedenkt und wie be werkstelligt werden soll, dass die bereits überfüllte Einrichtung noch weitere Personen aufnimmt, so dass dort bald 3.000 Asylsuchende interniert sein werden. Nach Medienberichten will die Regierung das bisher aus provisorischen Zelten bestehende Camp auf Manus abreißen und dafür feste Unterkünfte für die zu erwartenden Menschen aufbauen. (*Urgent Action von Amnesty International*), *Radio NZ Intern.* 22.07., 04.08.13, *Flash d'Océanie* 22.07.13)

† Mandawuy Yunupingu

Bereits Anfang Juni verstarb in Yirrkala (Nordaustralien) der ehemalige Lead-Sänger der Aborigi-

ne-Band „Yothu Yindi“, Mandawuy Yunupingu, im Alter von 56 Jahren an einem Nierenleiden. Der australische Musiker und Gründer der multinationalen Gruppe „Yothu Yindi“ begann als Lehrer und war 1990 der erste studierte Aborigine, der zum Leiter einer Schule berufen wurde. Hier entwickelte er einen Lehrplan, der Unterrichtsmethoden von Europäern mit den traditionellen Lehrtechniken der Aborigines miteinander kombinierte. Bekannt wurde dieser Unterrichtsstil unter dem Namen *both ways*.

1986 gründete Yunupingu die Gruppe „Yothu Yindi“, die sich aus Aborigine-Musikern und weißen Musikern zusammensetzte. Die Band tourte als Vorgruppe von „Midnight Oil“ durch Amerika und Kanada und begleitete Neil Young auf einer Australien-Tournee. Insgesamt veröffentlichte „Yothu Yindi“ sechs Alben. 1992 trat die Gruppe bei den Vereinten Nationen auf. Zur Eröffnung des *International Year of the World's Indigenous People* sangen sie den Song „Treaty“, in dem es um einen nicht geschlossenen Vertrag zwischen der australischen Regierung und den Aborigines geht. Im gleichen Jahr wurde Yunupingu als „Australian of the Year“ für seine Tätigkeit als „Brückenbauer zwischen Aborigines und Weißen“ geehrt.

Yunupingu hinterlässt seine Frau Gurruwun und sechs Kinder. (*AP* 04.06.13, *Flash d'Océanie* 04.06.13)

Impressum:

Kein Pressedienst
Nachrichtenzusammenstellung
und Redaktion: Julia Ratzmann
Kirchliche Nachrichten:
Pfr. Thomas Paulsteiner
"Pazifik aktuell" erscheint
vierteljährlich und ist kostenlos.
Wir bitten um eine Spende für die
Partnerkirchen im Pazifik auf das
Konto 10 11 111, BLZ 520 604 10,
Evang. Kreditgenossenschaft eG

Quellen:

Australien Info • Asia Pacific News
• BBC News • Islands Business
• Flash d'Océanie • National
• Oceania Flash • Pacific Beat
• Pacific Islands Report • Pacific
Magazine • Post-Courier • Radio
Australia • Radio New Zealand
• Sydney Morning Herald •
Tahitipresse • The Lutheran
• Wantok • Westpapua-Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONENSTELLE

**Mission
EineWelt**

Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120

SPORT

All Blacks haben neuen Maori-Trainer

Neuseeland: Die neuseeländische Rugby-Mannschaft *All Blacks* hat einen neuen Cheftrainer. Ende Juli ernannte die „New Zealand Rugby Union“ den Trainer des Taranaki Rugby Clubs und ehemaligen Spieler Colin Cooper zum Nachfolger von Cheftrainer Jamie Joseph, der das Team in den letzten drei Jahren trainiert hatte.

Cooper trainierte nach seiner verletzungsbedingt nur kurzen Laufbahn als aktiver Spieler bei den All Blacks in der Saison 1982/1983 u.a. die New Zealands Colts, die Junioren der All Blacks, die Hurricanes und die Crusaders. Von 1999 bis 2002 und erneut ab 2010 war er Cheftrainer bei Taranaki, die er in diesem Jahr auch bei der Vorbereitung zur Teilnahme am *ITM Cup 2013* unterstützte.

Der 54-jährige Cooper ist Maori der Ngati Pukenga. Er wird die All Blacks in diesem Jahr noch bei zwei wichtigen Länderspielen begleiten: Am 3. November spielen die *All Blacks* in Toronto gegen Kanada und am 9. November gegen die USA in Philadelphia.

(<http://www.allblacks.com/news/22796/Colin-Cooper-appointed-Head-Coach-of-Maori-All-Blacks>)

†'Willie' Halaifonua

Neuseeland: Am 23. Juli verstarb im Krankenhaus von Auckland im Alter von 27 Jahren der tongaische Rugby-Spieler Viliami („Willie“) Halaifonua an Hirnbluten. Nach Angaben von Beobachtern hatte der Verteidiger im Spielverlauf mehrere heftige Schläge gegen den Kopf einstecken müssen. Noch kurz vor seinem Tod war der Tongaer zum „Spieler des Tages“ erklärt worden, nachdem seine Mannschaft, der Northshore Rug-

by Club aus Takapuna, das Halbfinale des neuseeländischen *ITM Cup 2013* gegen den Verein Massey RFC gewonnen hatte. Der in der Profi-Rugby-Szene bekannte und beliebte „Gentle Giant“ (so sein Spitzname) hinterlässt seine Ehefrau Turea und seine Kinder Julius und Leila.

(*Matangi Tonga* 26.07.13, <http://www.itmcup.co.nz/>)

Samoanerinnen für Weltcup qualifiziert

Samoa: Die samoanische Rugby-Frauennationalmannschaft *Manusina* hat sich kürzlich in Spanien für den Rugby Weltcup 2014 in Frankreich qualifiziert. Damit die Samoanerinnen mit professionellem Equipment an diesem wichtigen internationalen Sportereignis teilnehmen können, hat die Bundesrepublik Deutschland das Team finanziell unterstützt und qualitativ hochwertige Trainingsbekleidung, Rugbybälle sowie Trinkflaschen gesponsert.

Der deutsche Honorarkonsul Arne Schreiber übergab die Ausstattung medienwirksam an die Präsidentin der samoanischen Frauen-Rugby-Union, Mara Coffin-Hunter, die sich Ende letzten Jahres mit der Bitte um finanzielle Unterstützung an den deutschen Honorarkonsul Schreiber gewandt hatte. (*Newsletter der Germany Embassy in Wellington* Juli 2013, *Samoa Observer* 27.05.13, <http://www.samoarugbyunion.ws>)

Traumtor für Tahiti

Brasilien: Der Ozeanien-Meister im Fußball, Tahiti, hat bei seiner ersten Teilnahme bei einem interkontinentalen Turnier ein einziges Tor geschossen und damit ein ganzes Land begeistert. Tahiti hatte sich als Ozeanien-Meister für die Teilnahme am FIFA-Confederations Cup (Konföderationen-Pokal) in Belo Horizonte (Brasilien) qualifiziert. Mit nur einem einzigen, inzwischen aus den Diensten des griechischen Fußballclubs Panthrakikos entlassenen, Profispieler waren die Tahitianer nach Brasilien gereist, um

hier gegen die besten Mannschaften der Welt anzutreten. Tahiti steht derzeit auf Platz 138 der Weltrangliste. Die von Übungsleiter Eddy Etaeta trainierten Amateurfußballer, die in ihrer polynesischen Heimat als Kräftefahrer, Strandverkäufer oder Höhenkletterer ihr Geld verdienen, verloren erwartungsgemäß das Auftaktspiel gegen Afrika-Meister Nigeria mit 1:6 Toren. Für das einzige Tor der Mannschaft während des Turniers sorgte in der 54. Minute Jonathan Tehau, der 1,82 m große Mittelfeldspieler der Tahitianer. Die rund 21.000 Zuschauer im WM-Stadion von 2014 rasten vor Begeisterung und applaudierten dem Fußballaußenseiter stehend für dieses „Traumtor“. Trainer Etaeta, der mit dem Ziel angetreten war, im Turnier ein einziges Tor zu schießen, zeigte sich begeistert von dem Publikum und seiner hoch motivierten Mannschaft. Diese ließ sich weder von der Geräuschkulisse und der Atmosphäre im Stadium noch von den westafrikanischen Profis einschüchtern und bolzte munter drauf los. Besonders freute sich der Trainer über den Rückhalt aus Tahiti selber. Dort ist Fußball Nebensache, weniger als 200 Menschen kommen zu den Spielen der tahitianischen Nationalmannschaft. Nun hofft der Trainer auf einen Aufschwung für den Fußball in diesem französischen Überseegebiet. Dazu soll auch die FIFA Beach-Soccer-Weltmeisterschaft, die vom 18. bis 28. September 2013 in Papeete stattfindet, beitragen.

Info: Der Confed-Cup findet alle vier Jahre statt. Er dient auch dem Austragungsland der jeweils nächsten Fußballweltmeisterschaft als organisatorische Generalprobe. Der diesjährige Pokal fand vom 14. bis zum 30. Juni in Brasilien statt, das den Sieg auch für sich verbuchen konnte. Zweiter wurde Spanien. Tahiti verlor die anderen beiden Spiele in der Gruppenphase haushoch mit 0:10 gegen Spanien und mit 0:8 gegen Uruguay.

(<http://de.fifa.com/confederationscup/index.html>, *Nürnberger Nachrichten/Sport aktuell* 19.06.13)

„TOK BILONG PASIFIK“

Sepik-Figur bricht Christies Rekord

PNG: Für sage und schreibe 2.505.500 € hat die Pariser Dependence des Auktionshauses Christie's eine Ahnenfigur vom unteren Sepik in Papua-Neuguinea versteigert. Die rund einen Meter hohe hölzerne Figur, die am Dachfirst eines Männerversammlungshauses angebracht war, um böse Geister vor dem Eintreten zu hindern, war von dem Auktionshaus auf unter eine Million Euro geschätzt worden. Weltweit soll es nur ein Dutzend dieser Dachfirst-Figuren des Volkes der Biwat vom Fluss Yuat geben. Das genaue Alter der Figur ist nicht bekannt.

Christie's hatte am 19. Juni in Paris eine Sonderauktion zu ozeanischer und afrikanischer Kunst durchgeführt. Auch afrikanische Gegenstände erreichten Sensationspreise, so dass das Auktionshaus nach Auktionsende 7,896 Millionen Euro eingenommen hatte - eine ungewöhnlich hohe Summe für Kunst aus Ozeanien und Afrika, wie Kenner übereinstimmend berichteten.

(<http://www.christies.com/about/press-center/releases/pressrelease.aspx?pressreleaseid=6519>, *Flash d'Océanie* 28.06.13)

Hochzeit in luftiger Höhe

Fidschi: Um über die Namensänderung der staatlichen fidschianischen Fluggesellschaft "Air Pacific" in "Fiji Airways" zu informieren und dafür Werbung zu machen, hat sich die Fluggesellschaft einen besonderen Marketinggag ausgedacht: Heiratswillige Paare konnten sich bei „Fiji Airways“ bewerben, um in der Luft an Bord einer neuen Maschine vom Typ A330 getraut zu werden. Als Hochzeitsgeschenk spendierte die Fluggesellschaft den Hin- und Rückflug von Auckland nach Nadi sowie einen zweitägigen All-Inklusive-Urlaub in einer Luxushotelanlage

auf der Insel Denarau. Zusätzlich lockte die Fluggesellschaft mit einem Eintrag in das *Guinness Buch der Rekorde* über die Hochzeit in der höchsten Höhe. An Bord des Airbus befanden sich schließlich fünf ausgewählte Paare, sowie ein offizieller Juror des Guinness Buches, Chris Sheedy. Er verfolgte die amtliche Trauung auf 41.000 Fuß Höhe und bescheinigte den Rekordbruch, der bis dato bei 40.000 Fuß Höhe lag. (*Flash d'Océanie* 09.08.13, <http://www.fijiairways.com/about-fiji-airways/media-centre/fiji-airways-sets-new-guinness-world-record-title/>)

UB40 Musikvideo aus Samoa

UK: Anfang August hat die britische Band UB40 ein neues Musikvideo mit dem Song "Blue Eyes Crying In the Rain" veröffentlicht. Das Video entstand während eines Konzertes der Gruppe im Stadion „Apia Park“ anlässlich der Feierlichkeiten zum 50sten Unabhängigkeitsjubiläum des polynesischen Inselstaates. Das vierminütige Video beginnt mit der Ankunft der Musiker am Flughafen, zeigt das Hotel „Aggie Grey's“ sowie die Besuche der Musiker in Dörfern.

Info: UB40 ist eine populäre internationale Reggae- und Popband aus Großbritannien. Der Bandname ist abgeleitet vom britischen Antragsvordruck für Arbeitslosengeld „*Unemployment Benefit*“. In ihren Texten schneiden UB40 häufig soziale Themen wie Rassismus oder Arbeitslosigkeit an.

„Blue Eyes Crying In The Rain“ ist ein Countrysong von Fred Rose, der 1945 erstmals von Roy Acuff aufgenommen wurde. (*Samoa Observer* 10.08.13, <http://www.ub40.co.uk/>, http://samoa-news.com/?q=node/76780&quicktabs_3=0. Anmerkung der Redaktion: Das Video ist zwar auf youtube verfügbar, kann in Deutschland wegen fehlender GEMA-Rechte jedoch nicht angeschaut werden.)

Aggie Grey's wird Luxushotel

Samoa: Ab dem nächsten Jahr fungiert das altherwürdige 3,5 Sterne-Hotel „Aggie Grey's“ an seinen beiden Standorten in Samoa unter dem Namen „Sheraton Samoa Aggie Grey's Hotel“ und „Sheraton Samoa Aggie Grey's Resort and Spa“. Grund dafür ist das Anfang August geschlossene *Memorandum of Understanding* zwischen der Inhaberfamilie der beiden samoanischen Hotels und dem weltweit größten Betreiber von Luxushotels, der Firma *Starwood Hotels and Resorts Worldwide Inc.* Starwood ist u.a. Betreiber der Hotelketten Sheraton, Westin und Le Méridien. Der Konzern hat weltweit 1.134 Luxushotels in seinem Portfolio.

Derzeit ist das „Aggie Grey's“ in Apia geschlossen, da es bei dem Zyklon „Evan“ im Dezember letzten Jahres stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Die Wiedereröffnung unter dem Dach der Marke Sheraton ist für Anfang 2014 geplant. Dann wird das Hotel über 177 Hotelzimmer und Garten-Bungalows verfügen. Zusätzlich zu den sechs Konferenzräumen entsteht ein Ballsaal mit 300 Plätzen. Eines der beiden Restaurants wird in einer traditionellen *fale* sein, hier sollen auch die *Fia-Fia-Nights* stattfinden. Der Stil eines britischen Plantagenhauses soll bewahrt werden.

Der samoanische Premierminister Tuilaepa Sa'ilele Malielegaoi begrüßte die Zusammenarbeit mit *Starwood*. Die Aufnahme in den illustren Katalog der Luxushotels werde seinem Land viele neue Touristen bringen. Er rechne mit einem Aufschwung des Tourismus, so der Premier in seiner Rolle als Tourismusminister. Von den zu erwartenden reichen Touristen könnte die gesamte Tourismusindustrie profitieren.

Info: Das pazifikweit berühmte Hotel „Aggie Grey's“ wurde bereits 1933 von der Samoanerin Aggie Grey (1897-1988) im britischen Kolonialstil erbaut. Es ist bis heute

im Besitz der Familie Grey, derzeitiger Geschäftsführer und Vorsitzender einer Holding ist Lupesina Frederick Grey. (*Samoa Observer* 08.08.13, <http://aggiegreys.com/>)

Samoa Air sorgt für Dicke

Samoa: Die staatliche Luftfahrtgesellschaft *Samoa Air* hat wenige Monate nach Einführung ihres „Bezahle nur, was Du wiegst“-Tarifs angekündigt, einige ihrer Twin Otter-Maschinen umzubauen. Geschäftsführer Chris Langton gab bekannt, dass man in der charmant als „Exekutiv-Klasse“ bezeichneten neuen Kategorie demnächst Sitzplätze für Menschen mit über 130 Kilogramm Körpergewicht anbieten werde. Dazu sollen die Sitzplätze um 30 Zentimeter verbreitert werden. Desgleichen soll der Sitzabstand zum Vordermann vergrößert und der Zugang zu den Gangplätzen erleichtert werden. Langton erklärte, in allen Lebensbereichen habe das „XL“ Einzug gehalten: Es gäbe XL-Kleidung, XL-Portionen, XL-Betten und so weiter. Nur im Bereich der Luftfahrt habe man den Trend verschlafen. Man müsse aber den Tatsachen der Fettleibigkeit im Pazifik ins Auge sehen. Eine „XL-Klasse“ sei da nur logisch. Die Fluggesellschaft hat sich inzwischen ein neues Motto überlegt und wirbt auf ihrer Website mit dem nahezu philosophischen Spruch „*A Kilo is a Kilo is a Kilo*“. (<http://www.samoaair.ws/>, *Flash d'Océanie* 18.06.13)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

AUS PAPUA-NEUGUINEA

ALLGEMEIN

Kirchenführer beschuldigt Ordnungskräfte

Wallace Kintak, der Vorsitzende eines kirchlichen Gesundheitsdienstes, hat die Ordnungskräfte in PNG beschuldigt, sich selber nicht an Recht und Ordnung zu halten und ihre Macht zu missbrauchen. „*Dieses Verhalten wirft ein schlechtes Licht auf unser Land und veranlasst die Bürger, kritische Fragen zu stellen*“, sagte er und forderte die Regierung auf, für die Einhaltung von Recht und Ordnung innerhalb der Polizei und anderer staatlicher Ordnungskräfte zu sorgen. (*National* 22.07.13)

Pfarrer gegen Todesstrafe

Die Bestätigung der Todesstrafe durch das Parlament ruft in kirchlichen Kreisen Widerstand hervor. Pfarrer Elijah Samson Ati aus dem Westlichen Hochland betonte, PNG sei ein christliches Land und die Todesstrafe sei gegen die Bibel. „*Wenn unser Land auf dem christlichen Glauben basiert, dann sollte sich die Regierung in ihren Entscheidungen auch an der Bibel orientieren*“, betonte er. (*National* 11.06.13)

Stadtmission in Madang eröffnet

Anfang Juni wurde in Madang eine Zweigstelle der Stadtmission eröffnet, neben Port Moresby und Lae. Zielgruppe sind insbesondere benachteiligte Jugendliche, denen verschiedene Angebote eröffnet werden – von seelsorgerlicher Begleitung über Bildungsprogramme bis hin zu Arbeitsvermittlungsangeboten. Unterstützt wird

diese Arbeit vom ehemaligen Obersten Richter Sir Arnold Amet: „*Ich sitze seit über 20 Jahren in Gerichtssälen und schicke junge Leute ins Gefängnis, was aber keine Lösung ist. Wir müssen sie stoppen und fördern, bevor sie ins Gefängnis wandern*“, sagte Amet. Die Stadtverwaltung stellt ein Stück Land zur Verfügung und unterstützt den Aufbau des Zentrums mit 50.000 Kina (ca. 18.000 Euro). Im kommenden Jahr werden weitere 100.000 Kina bewilligt, damit das Zentrum seine Arbeit voll aufnehmen kann. (*National* 12.06.13)

Schule verteilt Bibeln

„*Schul-Kämpfe werden der Vergangenheit angehören, zumindest für einige Sekundarschulen in Lae*“, behauptet der Rektor der ältesten Schule in Lae. In einer bewegenden Zeremonie tauschten Schüler der Bugandi Secondary School ihre Waffen wie Messer und Schraubendreher gegen das Wort Gottes ein und erhielten von den „Gideons“ stattdessen eine Bibel überreicht. (*National* 24.06.13)

Pfarrer verurteilt Ausbeutung von Mädchen

Pfr. Daniel Hewali hat den Missbrauch von minderjährigen Mädchen durch Prostitution und Menschenhandel scharf verurteilt. Die Gesetzeslage sei hier eindeutig und er fordere daher die Polizei auf, ihrer Pflicht nachzukommen und solche Missstände konsequent zu verfolgen und zu unterbinden. Zugleich rief er auch die Eltern dazu auf, ausreichend für ihre Töchter zu sorgen, damit sie sich nicht aus finanziellen Gründen genötigt sähen, ihr Geld durch Prostitution zu verdienen. (*National* 02.07.13)

Kirchen in Morobe erhalten Unterstützung

Die Kirchen in der Morobe-Provinz erhielten über 1 Mio. Kina (ca.

360.000 Euro) Unterstützung von der Provinz-Regierung. Für kommendes Jahr wurden weitere 4,5 Mio. Kina (ca. 1,6 Mio. Euro) angekündigt. Gouverneur Kelly Naru will 10 % des Provinz-Haushalts für kirchliche Zwecke zur Verfügung stellen. Aus aktuellem Anlass überreichte er einen Scheck über 50.000 Kina an die lutherische Gemeinde in Boana, damit sie mit den Vorbereitungen für die *Nationale Frauenkonferenz* im September 2014 beginnen kann. Für die Konferenz selbst hat er weitere 200.000 Kina zugesagt. Bei so viel Großzügigkeit konnte sich auch der lokale Parlamentsabgeordnete nicht lumpen lassen und versprach weitere 500.000 Kina. Dies konnten wiederum verschiedene Vertreter der Lokalregierung nicht tatenlos hinnehmen und versprachen ihrerseits weitere Zuschüsse in Höhe von 75.000 Kina, sodass am Ende der Veranstaltung Zusagen über insgesamt 825.000 Kina (ca. 300.000 Euro) vorlagen. (*National 09.07.13*)

Ministerin: Christliche Prinzipien lebenswichtig

Christliche Prinzipien sollten auch in der Außenpolitik der Regierung eine wichtige Rolle spielen, verlangte Loujaya Toni, die Ministerin für Gesellschaftliche Angelegenheiten, Jugend und Religion. Die Stärke PNGs liege in seiner christlichen Identität. „Warum können wir also nicht aufstehen für unsere christlichen Prinzipien und dies auch z.B. bei Handelsabkommen mit anderen Ländern artikulieren?“, fragte die Ministerin. Ihrer Ansicht nach könnte dies einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Millenniumsziele leisten. (*National 11.07.13*)

ELC-PNG

Kirche gegen Gewalt

Angesichts in letzter Zeit vermehrt auftretender Gewalt gegen Frauen und einer zunehmenden Zahl von Vergewaltigungen im Land hat

sich Bischof Giegere Wenge „*tief schockiert und besorgt über die sinnlosen Vergewaltigungen und Ermordungen von einheimischen und ausländischen Frauen*“ geäußert. „*Im Namen der ELC-PNG spreche ich unser tiefstes Mitgefühl aus an diejenigen, die Opfer von Gewalt, Vergewaltigung und Mord wurden. Es ist jenseits unserer Vorstellungskraft, hilflose Frauen brennen zu sehen, weil sie der Hexerei bezichtigt und verurteilt wurden*“, sagte er in einer öffentlichen Verlautbarung. Er betonte, die Kirche sei strikt gegen Praktiken der Hexerei, aber auch strikt gegen Hexenverfolgungen und Hexenverbrennungen. „*Gewalt gegen Frauen wird von der Heiligen Schrift strikt abgelehnt*“, sagte er. Stattdessen sollten Männer und Frauen friedlich zusammen leben und sich gegenseitig respektieren. Alkohol, Marihuana, Arbeitslosigkeit und andere soziale Probleme sind Wenge zufolge wesentliche Faktoren, die zu den gegenwärtigen Sicherheitsproblemen des Landes beitragen. (*National 04.06.13*)

Von SWRF zu NASFUND

Mitte Juni wurde die kirchliche Altersversorgung (Sios Wokman Ritaia Fan – SWRF) der ELC-PNG in die nationale Pensionskasse (National Superannuation Fund – NASFUND) überführt. Die Konten von etwa 7.000 Mitgliedern seien inzwischen konsolidiert, bestätigte ein NASFUND-Vertreter kürzlich. Verunsicherungen hatte es über den Steuersatz bei Entnahmen aus dem nationalen Pensionsfonds gegeben. NASFUND zufolge sind die Steuersätze aber klar geregelt. Wer 15 Jahre oder länger einbezahlt hat, bezahlt nur 2 % Steuern. Bei einer Einzahlungsdauer von 10-15 Jahren sind es 8 %, bei 5-10 Jahren fallen 15 % Steuern an und bei weniger als fünf Jahren 35 %. (*National 14.06.13*)

Braun Memorial Hospital wird renoviert

Nach vielen Jahren der nur aller-nötigsten Instandhaltungsmaßnahmen soll das *Braun Memorial Hospital* in Finschhafen nun grundsaniert werden. Die Regierung der Morobe-Provinz hat dafür 500.000 Kina (ca. 175.000 Euro) zur Verfügung gestellt. Neben Instandhaltungsarbeiten an den Gebäuden sollen auch ein Röntgengerät und ein Abfallverbrennungsofen angeschafft werden. Erst kürzlich hatte die Regierung 100.000 Kina (36.000 Euro) bereitgestellt, um ein Blut-Analyse-Gerät zu beschaffen und das allgemeine Krankenhausbudget zu entlasten. Das Krankenhaus hat 200 Betten und ein Einzugsgebiet von über 50.000 Menschen. Es genießt einen sehr guten Ruf weit über sein eigentliches Zuständigkeitsgebiet hinaus. (*National 16.07.13*)

RÖM.-KATH. KIRCHE

Kirche und Soziale Medien

„Soziale Netzwerke: Portale für Wahrheit und Glauben – neue Möglichkeiten für Evangelisation“ – so lautete das Thema eines zweitägigen Symposiums der Katholischen Bischofskonferenz von Papua-Neuguinea und den Salomonen. Ziel war es, künftige Diakone und Priester im Blick auf pastorale Implikationen sozialer Medien zu sensibilisieren, sagte Fr. Giorgio Licini, der zuständige Sekretär für Kommunikation. Auch wenn in den städtischen Gebieten bis zu 500.000 Menschen Internet und soziale Netzwerke nutzen, so hat doch die große Mehrheit der Bevölkerung noch für viele Jahre keinen vollen Zugang dazu. Dies verlange von der Kirche eine Doppelstrategie. Je mehr die Verbreitung von Smartphones aber auch auf dem Land zunehme, umso mehr müssten die Menschen über die Vor- und Nachteile der virtuellen Welt aufgeklärt werden, betonte Licini. „*Vorteile und Nachteile, positive Einflüsse wie Risiken sind dieselben wie im wirklichen Leben*“, meinte er. (*National 06.06.13*)

Katholische Nonnen geehrt

Die Regierung der Provinz Südliches Hochland hat die katholische Kirche für ihre Verdienste um die Entwicklung der Provinz und des Landes gepriesen, insbesondere in den ländlichen Regionen. Anlass war die Ehrung von drei Schweizer Nonnen, die seit 50 Jahren im Südlichen Hochland Dienst tun: Schw. Lucas, Schw. Damencina und Schw. Gaudentia. (National 21.06.13)

Priester: Neues Asyl-Abkommen ist lächerlich

Die neue Vereinbarung mit Australien, der zufolge alle Asylsuchenden „Boat People“ nach PNG abgeschoben werden, ist eine „lächerliche Idee“, sagte Fr. John Glynn, der als Priester mit behinderten Menschen in Port Moresby arbeitet. „Wie sollen wir diese Menschen unterbringen können, wenn wir nicht einmal für unsere eigenen Leute ausreichend sorgen können? Wohnungen, Bildung, medizinische Dienste, Arbeitsplätze – wie können wir all das für andere zur Verfügung stellen, angesichts unserer eigenen prekären Lage?“ Diese Vereinbarung verletzt laut Glynn eindeutig internationales Recht und widerspreche klar der UN-Flüchtlings-Resolution. (National 22.07.13, Post Courier 22.07.13)

Schwangerschaften von Teenagern beunruhigend

Jährlich werden etwa 5 % der Schülerinnen in PNG noch während ihrer Schulzeit schwanger. Die meisten dieser Schwangerschaften sind ungewollt und die Kinder laufen große Gefahr, abgelehnt zu werden. Nur sehr wenige dieser Teenager-Pärchen entwickeln sich zu erwachsenen und belastungsfähigen Familien. Daher ist es nach Ansicht der Katholischen Bischofskonferenz geboten, solch frühe Schwangerschaften zu verhindern. Die Frage ist nur: wie? Hier sieht die Kirche

insbesondere die Eltern und das Bildungssystem in der Pflicht. Viele Eltern fühlten sich aber überfordert, ihre Kinder pro-aktiv aufzuklären. *„Liebe und Sexualität sind kein Übel, das vermieden werden muss, sondern göttliche Gaben, die wertgeschätzt, respektiert und erfahren werden müssen in einer sicheren, konstruktiven und positiven Art und Weise“*, heißt es in einer Presseerklärung. (CBC Social Communications 09.07.13)

Bevölkerungswachstum ist kein Alibi

Im Gegensatz zu vielen westlichen alternden Gesellschaften wächst die Bevölkerung in PNG. Nach Ansicht der Katholischen Bischofskonferenz ist es gut, dass die Regierung dieses Problem im Blick hat. Wenn nun rechtzeitig die richtigen Weichenstellungen vorgenommen würden, könnte PNG leicht 30-40 Millionen Menschen ernähren. Dazu bedürfe es aber massiver Anstrengungen in der Entwicklung der gesamten Infrastruktur des Landes und im Bildungsbereich. *„PNG hat mehr natürliche Ressourcen als jedes europäische Land. Es ist nur wenig kleiner als Frankreich und größer als Deutschland, die 65 bzw. 81 Mio. Einwohner haben. PNG hat nur 7 Mio. Die Bevölkerung wird sicherlich wachsen. Dies wird ein Problem sein, dem man sich stellen muss, aber es ist kein Alibi!“* (Catholic Reporter 04.07.13)

Banach neuer Apostolischer Nuntius

Erzbischof Michael Banach ist neuer Apostolischer Nuntius des Vatikan in PNG. Am 24. Juli wurde er von Generalgouverneur Sir Michael Ogio empfangen, um die entsprechenden Urkunden zu überreichen. *„Wir sind sehr dankbar, Sie willkommen heißen zu dürfen und freuen uns auf eine weitere Vertiefung der ohnehin schon sehr guten Beziehungen zwischen Papua-Neuguinea und dem Vatikan“*, begrüßte dieser

ihn sehr freundlich. Ogio dankte der Kirche für ihren gewichtigen Beitrag zur Entwicklung des Landes. Banach versprach, die guten Beziehungen weiterführen zu wollen: *„PNG ist eine sehr vielfältige Nation mit vielen Kulturen und auch eine christliche Nation. Wir hoffen auf eine gute Kooperation zwischen Regierung und Kirche, damit wir gemeinsam an der weiteren Entwicklung des Landes arbeiten können, insbesondere im Bereich der medizinischen Versorgung der Bevölkerung, die die gegenwärtig größte Herausforderung darstellt.“* (National 25.07.13)

Bischöfe wagen Kampf gegen Zauberei

Die katholischen Bischöfe der Hochlandregion PNGs haben sich sehr besorgt über das wachsende Problem der Zauberei geäußert. Sie schickten einen Brief an alle Gemeinden und riefen die Gläubigen dazu auf, beim Kampf gegen das Böse dem Beispiel Jesu zu folgen. *„Wenn Menschen, die an so etwas glauben, unschuldige Menschen foltern oder gar umbringen, dann ist das nicht nur ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, sondern auch ein schwerwiegender Verrat am Evangelium, an der alles übertreffenden Herrschaft Christi und der befreienden Arbeit der Kirche“*, heißt es in dem Schreiben.

Eltern sollten ihre Kinder dahingehend erziehen, dass sie nicht an Hexerei und Zauberei glauben. In den kommenden Monaten wollen die Bischöfe durch intensive Glaubenskurse die Gemeinden und einzelne Christen stärken, weil sie davon überzeugt sind, dass *„Zauberei keinen Platz hat, wenn jemand einen echten und lebendigen Glauben an Jesus Christus hat“*. (Post Courier 30.07.13)

AUS DER ÖKUMENE

† Bischof Sanangke Dole

Nach kurzer Krankheit ist Bischof Sanangke Dole von der Melpa Lutheran Church (MLC) am 13. Juni verstorben. Hunderte von Kirchenmitgliedern und gesellschaftlichen Führern trauerten um den 68-Jährigen in Kontkona, dem Sitz der MLC. Er hinterlässt seine Frau, vier Kinder und 13 Enkel. Sanangke war im Jahr 2000 zum Bischof gewählt worden und hat sich insbesondere für die Versöhnung zwischen verfeindeten Stämmen im Hochland eingesetzt. *(National 18.06.13)*

Bischof verurteilt Angriff auf Richter

Bischof David Piso von der *Gut Nius Lutheran Church* hat scharf den Angriff von Jugendlichen in Madang auf Richter David Cannings verurteilt. Er rief die Polizei in Madang auf, die Schuldigen zu fassen und ihrer gerechten Strafe zuzuführen. Der Angriff habe nicht nur auf den Richter persönlich gezielt, sondern auf das gesamte Rechtssystem des Staates. Jugendliche hatten Richter Cannings Mitte Juni auf dem Nachhauseweg angehalten und sein Auto gestohlen. *(National 17.06.13)*

Eigene Bibel für Enga

Hunderte von Christen versammelten sich Anfang Juni in Wabag, um die Veröffentlichung der Bibel in der Enga-Sprache zu feiern. Die Übersetzung hatte mehrere Jahre in Anspruch genommen und wurde finanziell stark von der *New Break Assemblies of God Church* aus San Diego, Kalifornien, unterstützt. *(National 03.06.13)*

Unterstützung für SDA

Über eine großzügige Spende von 100.000 Kina (ca. 36.000 Euro) freute sich die Gemeinde der Sie-

benten-Tags-Adventisten in Dauli Mitte Juni. Der Abgeordnete Francis Potape unterstützte damit die Renovierung der Kirche sowie den Bau eines Pfarrhauses für die Gemeinde. In seiner Rede betonte er, dass PNG an einem Scheideweg stehe und mit zahlreichen Schwierigkeiten zu kämpfen hätte, angefangen von sozio-ökonomischen Problemen über Kriminalität und Arbeitslosigkeit bis hin zu Stammeskämpfen. Die Kirche solle diese Themen aktiv angehen und ihren Beitrag dazu leisten, dass Menschen ihre Gesinnung ändern und sich am Wort Gottes orientieren. *(National 14.06.13)*

Lob für Knast-Seelsorge

Felix Namane, Direktor des Builebi-Gefängnis in Mendi, lobte das Engagement der Siebenten-Tags-Adventisten (SDA) in seinem Gefängnis. Durch missionarische Aktivitäten und professionelle Reintegrations-Programme hätten zahlreiche Insassen ihre Einstellungen und Verhaltensweisen nachhaltig verändert und sich sogar taufen lassen. *(National 11.06.13)*

AUS ANDEREN LÄNDERN

Pazifische Kirchen fordern mehr Studien zu Tiefsee-Bergbau

Pazifik: Während ihrer Vollversammlung in Honiara hat die Pazifische Kirchenkonferenz mehr aussagekräftige wissenschaftliche Studien gefordert, bevor überhaupt mit Tiefsee-Bergbau im Pazifik begonnen wird. Die mahnen den Stimmen der Bevölkerung seien bisher kaum gehört worden, so dass sich die Kirchen nun für sie und für die Erhaltung von Gottes Schöpfung einsetzten. Dabei sei man nicht generell gegen Tiefsee-Bergbau, aber man fordere unabhängige und zuverlässige Umweltstudien im Vorfeld ein, betonte der Generalsekretär der Pazifischen Kirchenkonferenz, Rev. Francois Pihaatae. *(Papua New Guinea Mine Watch 31.05.13)*

40 Stunden für Methodisten

Fidschi: 40 Stunden bzw. vier Tage hat die Regierung der Methodistischen Kirche gewährt, um ihre Jahreskonferenz vom 26. bis zum 29. August in Suva abzuhalten. Beantragt waren laut Generalsekretär Rev. Tevita Nawadra zwei Wochen. Man sei aber dankbar dafür, da im letzten Jahr nur 36 Stunden bzw. drei Tage gewährt wurden. Auf der Tagesordnung stehen u.a. eine Überarbeitung der Kirchenverfassung und die Planung der Feierlichkeiten zum 50-jährigen Kirchenjubiläum nächstes Jahr. *(Fiji Times 15.07.13)*

Religionsfreiheit gelobt

Marshall-Inseln: Der Bericht der Regierung über religiöse Freiheit 2012 lobt die Marshall-Inseln. Es gab keine Meldungen über Missbrauch oder Diskriminierungen aufgrund religiöser Zugehörigkeit, Überzeugung oder Praktiken. Auch die staatlichen Organe hätten die verfassungsrechtlich garantierte Religionsfreiheit respektiert. Die offizielle Statistik weist folgende Zahlen aus: United Church of Christ 52 %, Assemblies of God 24 %, Röm.-Katholisch 9 %, Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage 8 %. Gruppen unter 7 % sind u.a.: Bukot Nan Jesus, Full Gospel, Baptisten, Siebenten-Tags-Adventisten, Bahai, Jehovas Zeugen, Juden und Muslime. *(The Marshall Islands Journal 07.06.13)*

Neue katholische Kirche eröffnet

Marshall-Inseln: Sie ist St. Francis Xavier gewidmet, die neue katholische Kirche in Laura im Westen des Atolls Majuro. Geweiht wurde sie am 23. Juni in einer feierlichen Messe unter Beteiligung von zahlreichen Gläubigen und prominenten Gästen, darunter auch Präsident Christopher Loeak und First Lady Lieom Anono Loeak. *(The Marshall Islands Journal 28.06.13)*